GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 237 B | BERLIN • Sonnabend, den 8. Oktober 1932 | 1. JAHRGANG

Nazi-Terror fängt wieder an!

Der Chaco-Krieg.

B. D. Buenos Aires, September 1932.

Seit Jahren streiten sich Bolivien und Paraguay um den Chaco. Die Welt ist daran gewöhnt, in gewissen Abständen von neuen Reibereien zu hören. Zwar besteht seit langem eine Kommission in Washington, die die Sache friedlich schlichten soll, aber sie kommt damit nicht schneller voran als ihre großen Schwestern in Genf.

Anfang Juli schien sich dieser latente Kriegszustand plötzlich in einen offenen Krieg verwandeln zu wollen, als die Zeitungen Nachrichten über die Eroberung eines paraguayischen Forts durch die Bolivianer brachten. Den Begriff „Fort" darf man hier zwar nicht nach europäischen Maßstäben auslegen, da es sich vermutlich kaum um ein paar Hütten handelt. Die bolivianische Botschaft in Washington bezweifelte sogar die Existenz dieses Forts. Für die Beurteilung der Handlung spelt es jedoch keine Rolle, wie der erobert paraguayische Posten aussieht. Nach acht Tagen erfolgte die Rückeroberung durch die Paraguayer. Seitdem gehen die Feindseligkeiten weiter, so gut es die natürlichen Verhältnisse in diesem Gebiet eben gestatten. Ueber die Einzelheiten wird in der Presse laufend berichtet.

Nach dem ersten kriegerischen Hin und Her fühlten sich beide Teile als die Angegriffenen; Bolivien hatte zwar den ersten Ueberfall auf das paraguayische Fort auf dem Gewissen, konnte sich aber dadurch herausreden, daß es diesen Angriff als den persönlichen Mißgriff des lokalen Postens hinstellte. Jedenfalls brach auf beiden Seiten ausgesprochene Kriegsstimmung aus: Wenn man nach der ersten Meldung gehört hatte, daß in der paraguayischen Hauptstadt Asuncion flammende Entrüstung ob der Kränkung der nationalen Ehre herrsche, so begann nach dem paraguayischen Gegenangriff auch die bolivianische Volksseele zu kochen und „verlangte den Krieg". Aus den Hauptstädten beider Länder wurden Kundgebungen der Art gemeldet, wie wir sie aus Europa von 1914 her kennen.

Bevor wir untersuchen, welches die tieferen Ursachen des ganzen Streits sind, wollen wir uns mit dem Schauplatz der Ereignisse in großen Zügen bekannt machen: Der Chaco bildet ein Dreieck, das zwischen dem schiffbaren Paraguay-Fluß und dessen Nebenfluß, dem Pilcomayo liegt, im Osten an Brasilien und Paraguay, im Süden an Argentinien, und im Norden und Westen an Bolivien grenzt. Das Gebiet hat eine Ausdehnung von rund 150 000 bis 200 000 qkm und ist bis heute noch zum größten Teil unerforscht. (Wenn die Einwohnerzahl auf 40 000 angegeben wird, so ist dies eine bloße Schätzung; vielleicht ist die Zahl noch erheblich geringer.) Die Unerforschtheit des Chacos ist durch seine Unwegsamkeit bedingt; er besteht fast ganz aus dichtem Urwald, dessen sumpfiger Boden dem menschlichen Vordringen sehr starke Hindernisse entgegensetzt. Zur Regenzeit überschwemmen außerdem die Flüsse Paraguay und Pilcomayo große Strecken Landes. Dazu kommt, daß die Moskitos, der Trinkwassermangel und die Krankheiten, die in diesem Gebiet ständig drohen, den Aufenthalt wenigstens für den Europäer außerordentlich schwierig machen.

Bis heute ist denn auch von paraguayischer Seite aus lediglich ein am Flußufer entlang gelegener Streifen besetzt worden, weil der Fluß den Verkehr erleichtert. Dort liegen die großen Quebracho-Extrakt-Fabriken, die hier unter günstigen Bedingungen arbeiten: das im Urwald wild wachsende Quebracho (ein Hartholzbaum, aus dem Gerbsäure gewonnen wird) verarbeiten sie an Ort und Stelle und befördern ihre Produkte auf dem Wasserwege nach den überseeischen Verbrauchsländern.

Obwohl Paraguay selber auf der Ostseite des Paraguay-Flusses liegt, erhebt es nicht nur Anspruch auf den heute von ihm besetzten Landstreifen westlich des Flusses, sondern sogar auf den ganzen Chaco. Damit gerät es in Konflikt mit Bolivien.

Bolivien ist das einzige Land Amerikas, das keinen eignen Wasserweg zum Meer besitzt. Es hat sich lange um einen Zugang zum Meer bemüht, jedoch bisher ohne Erfolg. Bis vor kurzem versuchte es, einen Ausgang nach Westen, zum Stillen Ozean, zu gewinnen, doch stellten sich dem die beiden Küstenländer Chile und Peru entgegen. Da Bolivien für seine Einfuhr- und Ausfuhrgüter freien Durchgang durch die Nachbarstaaten genießt, ist es zwar auf einen *eignen* Zugang zum Meer für die Entwicklung seiner Wirtschaft unmittelbar ebensowenig angewiesen wie etwa die Schweiz. Als es aber mit Paraguay aus Wirtschaftsgründen um den Gran Chaco Streit bekam, da wurde die Abhängigkeit gerade von diesem Nachbarstaat drückend

Um welchen wirtschaftlichen Konflikt handelt es sich? Man weiß seit längerer Zeit, daß im Chaco Petroleum zu finden ist. Die Standard Oil Gesellschaft hat dort schon längst ihre Positionen bezogen. Solange die Zinn-Industrie in Bolivien gut ging, schenkte man von dieser Seite aus der Oelfrage wenig Beachtung. Heute, wo die Zinn-Industrie daniederliegt, wendet sich Boliviens Interesse dem Oel zu. Die Ausbeutung der Oelquellen ist indes nur rentabel, wenn ein billiger und reibungsloser Abtransport gesichert ist. Hierfür ist wiederum der Weg über den Paraguay-Fluß dem nach dem Stillen Ozean vorzuziehen, weil er kürzer ist und dem natürlichen Gefälle des Bodens folgt, während eine Rohrleitung zur Westküste, wie man sie auch schon vorschlug, die Höhenunterschiede der Cordilleren zu überwinden hätte. Die bolivianischen Oelinteressenten haben also ein Interesse daran, daß Bolivien im Chaco festen Fuß faßt. Eben dabei gerät Bolivien in Konflikt mit Paraguay, das ihm den besten Zugang zum Meer sperren kann. Denn auf der paraguayischen Seite stehen diesen Wünschen die Interessen der Großgrundbesitzer entgegen, die das Waldgebiet z. T. für ihre Farmen und Quebracho-Extrakt-Fabriken ausnutzen, z. T. aber auch die riesigen Flächen, die sie irgendwie „erworben" haben oder deren Besitz sie lediglich für sich in Anspruch nehmen, bei einer Eroberung durch Bolivien zu verlieren fürchten. Hier ist also der Kern der Sache zu suchen, der, auf eine kurze Formel gebracht, so lautet: paraguayischer Großgrundbesitz und Quebracho-Industrie gegen bolivianisches Oel.

Um diese Interessen geht der Streit zwischen den beiden Staaten. Nachdem durch die erwähnten Vorpostengeplänkel die nationale Ehre beider Staaten in genügendem Maße gekränkt worden war, lag es auf der Hand, daß sie nur durch Blut wieder gereinigt werden könnte — wenn auch nicht durch das der eigentlich am Streit Interessierten —, wobei natürlich jede Seite darauf vertraute, daß ihre „gerechte" Sache siegen würde.

Patino, der große bolivianische Minenbesitzer, schenkte seiner Regierung ein halbes Dutzend Flugzeuge, worauf Casado, der paraguayische Großgrundbesitzer, sofort das Gleiche tat. Die bolivianischen „Intellektuellen" (sie scheinen sich nach der Zeitungsmeldung selber so zu nennen) verbreiten eine Bekanntmachung, in der die „gerechte Sache" Bolivies verteidigt wird. Die Presse hilft bei der Kriegshetze natürlich feste mit, und sorgt für entsprechende Stimmung. Es wird ein rührendes Geschichtchen verbreitet von einem Indianer, der schrieb, daß er zwar arm sei, aber ein Gewehr besitze, mit dem er sein Vaterland verteidigen wolle. In Paraguay ist es genau so. Die katholischen Priester halten eine Friedensmesse ab, segnen aber wenige Tage darauf Kriegsfahnen ein; Frauen bringen ihren Schmuck dem Vaterlande dar und arbeiten an der Ausrüstung der Soldaten mit u. s. w. Kurz, der Kriegsrummel wird auf beiden Seiten in der bekannten Weise aufgezogen.

Daß es bei gutem Willen beider Teile möglich sein müßte, eine auf Gerechtigkeit und Billigkeit aufgebaute gütliche Lösung zu finden ist bisher offenbar noch niemand in

Saalschlachten, Ueberfälle, Waffenschmuggel.

Die Nazis setzen ihre Terrorakte gegen die Deutschnationalen unbekümmert um das Bestehen einer Terrornotverordnung fort. Zu einer förmlichen Saalschlacht kam es am Donnerstag in einer deutschnationalen Wahlversammlung in der „Neuen Welt" in Berlin, zwischen SA-Sprengkolonnen und dem zum erstenmal in Erscheinung getretenen deutschnationalen Versammlungsschutz. Stuhlbeine, Biergläser und ähnliche Instrumente dienten als Waffen. Die Nazis leisteten den Schutzpolizisten hartnäckigen Widerstand und schlugen wild auf die Beamten ein. Schließlich konnte die Schupo aber die Nazis aus dem Saal entfernen und die Straße räumen. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen. Von den zahlreichen Verletzten mußten zwei Schwerverletzte im Krankenwagen abtransportiert werden. Insgesamt sind 14 Personen erheblich verletzt worden.

*

Die Sprengung einer Versammlung durch Gewaltanwendung ist ein schwerer Landfriedensbruch, der auf Grund der Terrornotverordnung **mit mindestens zehn Jahren Zuchthaus** bestraft werden muß. Daß trotz dieser Verordnung die Terrorakte der Nazis unter den Augen der Polizei fortgesetzt werden, hat zweifellos seinen Grund darin, daß die Verordnung bisher in erster Linie mit aller Schärfe nur gegen linksstehende Arbeiter angewandt wurde, so daß bei den Nazis der Eindruck entstehen mußte, ihre Aktionen seien gern gesehen und würden milde behandelt. Nach einer Mitteilung der „Roten Hilfe" sind vor den Sondergerichten in der Zeit vom 17. August bis 29. September 1932 **gegen Antifaschisten in 204 Prozessen mit 883 Angeklagten 249 Jahre 7 Monate Zuchthaus, 882 Jahre 5 Monate Gefängnis, 59 Jahre Ehrverlust, 570 Mark Geldstrafe und 91 Freisprüche verkündet worden.** In der gleichen Zeit aber **gegen Faschisten wurden in 83 Prozessen mit 388 Angeklagten verkündet: 19 Jahre 7 Monate Zuchthaus, 118 Jahre 9 Monate Gefängnis, 127 Freisprüche.** In dieser Statistik sind die verurteilten Potempaer Mörder nicht mit aufgenommen, da sie begnadigt worden sind und ein Wiederaufnahmeverfahren schwebt.

*

Der Terror würde bald ein Ende haben, wenn Staatsanwälte und Gerichte dafür sorgen würden, daß in der Oeffentlichkeit und bei den Nazis der Eindruck entsteht: Die Terrornotverordnung wird gleichmäßig gegen rechts und links angewandt.

Wir sind sehr gespannt, ob an der bisherigen Praxis festgehalten wird und diejenigen vor den Richter gebracht werden, die in den gesprengten Versammlungen den Saalschutz gegen die Nazis ausgeübt haben. Dann kämen die Deutschnationalen ins Gefängnis. Dann würde allerdings die Durchführung des Wahlkampfes in Frage gestellt sein.

AUS DEM INHALT:

Mein lieber SA-Mann!
Kongreß für Kleinkind-Erziehung.
Freispruch im Berliner Kommunisten-Prozeß.
Neue Wege der Gewerkschaftsarbeit.
Deutschland im Handelskrieg.

Reichskabinett berät neue Subventionen.

t. Zur Zeit finden wieder Sitzungen des Reichskabinetts statt. Ein wichtiger Beratungsgegenstand ist die Umgestaltung des Verhältnisses der subventionierten Betriebe zum Reich. Der Vertrauensmann der Regierung, Geheimrat von Flotow, hat der Regierung nunmehr eingehende Vorschläge gemacht. Man nimmt an, daß er selber Reichskommissar für diese Betriebe wird, deren Zusammenfassung Papen ja schon in seiner Münsterer Rede angekündigt hatte.

Ferner steht im Kabinett zur Diskussion der inflationistische Arbeitsbeschaffungsplan des Landrats außer Dienst und Inflationsrats im Dienst Gereke. Künftige Steuereingänge der Gemeinden sollen „vorfinanziert" werden. Mit einer Skrupellosigkeit sonder gleichen werden Pläne aufgetischt über solche Vorfinanzierungen, nachdem das Reich mit den Steuergutscheinen den Anfang gemacht hat. Vermutlich sollen die Gemeinden einige 100 Millionen Mark niedrig verzinsliche Kredite erhalten; das Reich wird wohl den Sparkassen die Differenz zwischen dem Zinssatz, den sie nehmen wollen, und dem, den die Gemeinden zahlen wollen, vergüten.

Wenn sich auch dieses Verfahren weiter einbürgert, ergeben sich die herrlichsten Aussichten für Subventionen, alle selbstverständlich unter dem Motto: „Freie Unternehmer-Initiative"!

den Sinn gekommen (entspricht allerdings auch nicht den verwickelten kapitalistischen Interessen, die eben auf jeder Seite *alles* für sich beanspruchen). Zwar versuchte im Anfang der Völkerbund einzugreifen. Aber wo hätte diese Organisation wohl einmal etwas Durchgreifendes getan? Dann überreichten 19 amerikanische Staaten den beiden streitenden Ländern eine Note, in der sie darauf hinwiesen, daß sie keine gewaltsamen Annexionen anerkennen würden, denn „Gewalt gäbe kein Recht". Auch die fünf Nachbarländer Argentinien, Brasilien, Chile, Peru und Uruguay unternahmen Schritte zur friedlichen Beilegung des Streites. Man sprach sogar von einem Boykott gegen die beiden Staaten, der theoretisch für Bolivien gefährlicher wäre, als für Paraguay, das seinen eignen Zugang zum Meere hat. (Der Konkurrenzneid würde natürlich eine solche Maßnahme von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilen, ganz abgesehen davon, daß in diesen großen Räumen des südamerikanischen Kontinents eine Kontrolle undurchführbar wäre.) Alle diese Maßnahmen stellen nichts anderes dar als Papiergeraschel. Inzwischen „stoßen sich die Sachen hart im Raume".

Nachdem man wochenlang von immerhin nur vereinzelten kriegerischen Handlungen hörte — Ueberfälle hier, Ueberfälle dort, Bombardierung harmloser Mennonitenkolonien von Flugzeugen aus, Gefangenenmißhandlungen (die natürlich prompt dementiert wurden) — scheint in diesen Tagen der Kampf in größerem Maße entbrannt zu sein. Zwar sind die Zahlenangaben (es wird von mehreren Tausend Mann auf jeder Seite berichtet) vielleicht übertrieben, da die Bewegung solcher Massen in dem sumpfigen Urwaldgebiet sehr schwer wäre, doch scheint es sich immerhin um Kämpfe in verhältnismäßig großem Umfange zu handeln. Während die beiden Regierungen Friedensbereitschaft heuchelten, haben sie also in Wirklichkeit den Krieg vorbereitet. Ein weiteres interessantes Beispiel für den Wert diplomatischer Erklärungen!

Es wird abzuwarten sein, wie die Sache ausgeht, und wer gewinnt: die paraguayischen Großgrundbesitzer, die jeden wirtschaftlichen Fortschritt, der über ihre eignen Ausbeutungspläne hinausgeht, hemmen wollen, oder die bolivianische Oelindustrie. In wenigen Wochen bricht in Chaco die Regenzeit an; wenn bis dahin eine Entscheidung nicht gefallen ist, wird sie wahrscheinlich bis nächstes Jahr verschoben werden.

Für uns ist bei diesem Streit unwesentlich, daß es sich um ein paar kleine südamerikanische Staaten handelt und um deren nur nach Hunderten oder Tausenden zählende Heere, die sich bekriegen. Wir stehen wieder vor einem der Fälle, wo Menschenleben für kapitalistische Interessen geopfert werden. Aus diesem Grunde ist es unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Dinge ins rechte Licht gerückt werden und daß die Arbeiterschaft erfährt, wer und was hinter diesen Kriegen steckt, damit sie dafür sorgen kann, daß dem schändlichen Treiben dieser Drahtzieher möglichst bald ein Ende gemacht wird — nicht nur in Südamerika, sondern in der ganzen Welt.

Die zweite Kolonie des Völkerbunds.

Rumänien ein Opfer des Völkerbunds-Imperialismus?

Der genaue Wortlaut des Protokolls, in dem die Forderungen des Sachverständigen-Ausschusses des Völkerbundes über die finanzielle Sanierung Rumäniens enthalten sind, ist nun veröffentlicht worden. Es ist verständlich, daß dieses Protokoll in Rumänien große Entrüstung hervorgerufen hat; denn es macht Rumänien zu einer Kolonie des Völkerbundes, wie Oesterreich es schon geworden ist; und es ist bekannt, daß der Völkerbund seine Kolonialherrschaft nicht dazu benutzen wird, den rumänischen Bauern wieder auf die Beine zu helfen, sondern dazu, die in Rumänien festgefrorenen Kredite der westeuropäischen Mächte wieder flüssig zu machen. Zu diesem Zweck wird der Völkerbund einen Sachverständigen nach Bukarest schicken, der zusammen mit einigen Mitarbeitern, die von der rumänischen Regierung zu ernennen sind, die Reorganisation der rumänischen Finanzwirtschaft vornehmen wird. Die Tätigkeit der Sachverständigen gilt als beendigt, wenn der Wiederaufbau in seinen Grundzügen als durchgeführt betrachtet wird.

Der Völkerbund kauft sich also diese Kolonie nicht einmal durch eine Anleihe, sondern einfach durch Entsendung eines Sachverständigen, der in Rumänien die Rolle eines Finanzdiktators zu spielen hat. Zu den Voraussetzungen, die Rumänien zu erfüllen hat, ehe es in den Genuß dieses Finanzdiktators versetzt wird, gehört unter anderem die Verpflichtung, daß die Regierung an der durch das Gesetz vom 7. Februar 1929 stabilisierten Währung festhält, also das Verbot einer Inflation, mit der einige rumänische Minister sehr liebäugeln. Außerdem würde Rumänien, bei Annahme dieser Bedingungen berechtigt sein, einen Vertreter zum Völkerbund zu schicken; allerdings würde dieser dort nicht die Rolle eines Diktators spielen können, sondern sich mit der eines schlichten Zuguckers begnügen müssen.

Ob die rumänische Regierung noch einen Weg gefunden hat, ohne Annahme dieses Protokolls mit ihren Gläubigern fertig zu werden, ist nicht bekannt.

Die rumänische Regierung hat ihren Vertreter in Genf angewiesen, die Verhandlungen noch einmal aufzunehmen, um zu versuchen, bessere Bedingungen zu erreichen.

Minderheiten-Diskussion.

Im politischen Ausschuß des Völkerbundes, der im Rahmen der Vollversammlung zusammengetreten ist, wurde am Donnerstag die auf der Tagesordnung stehende Aussprache über einige Minderheitenfragen durch eine ausführliche Rede des deutschen Vertreters Rosenberg eingeleitet. Rosenberg griff den Schutz, den der Völkerbund bisher bedrohten Minderheiten zukommen lasse, als ungenügend an. Die Minderheiten seien in Streitfällen bei den vom Völkerbundsrat eingeleiteten Schlichtungsverfahren nicht notwendig vertreten; Minderheitsbeschwerden würden verschleppt; die Verfahren seien weitgehend nicht öffentlich und böten dadurch Gelegenheit zu Vertuschungen. Zum Schluß stellte Rosenberg den Vorschlag zur Diskussion, daß ein ständiges Gremium von Sachverständigen dem Völkerbundsrat zur Verfügung gestellt werde, das nicht, wie die Vertreter der Staaten im Völkerbundsrat, von einer Regierung abhängig wären. Dieser Sachverständigen-Ausschuß könne dem vom Völkerbundsrat zur Prüfung eines Falles eingesetzten Dreier-Ausschuß die erforderlichen Informationen liefern.

Die Diskussion verlief zum großen Teil in formalen Streitigkeiten und Gegensätzen.

Die Bedeutung, die Minderheitsfragen heute im Verkehr der Völker gewonnen haben, beruht auf nichts anderem als auf der nationalistischen Verhetzung der Völker. Wir können geradezu sagen: Nationalistische Verhetzung und Minderheitenfragen bedingen einander gegenseitig.

Es hat darum wenig Sinn, heute auf die Schwierigkeiten einzugehen, die bestehen bleiben könnten, wenn die Macht des Nationalismus gebrochen wäre, wenn die Völker, statt sich in hohlem Dünkel gegenseitig übereinander erhaben zu fühlen, mit einander am Aufbau der Kultur arbeiteten. Mag dann hier oder da eine Gruppe von Menschen, die sich ihrer Anlage nach zu einem bestimmten Volk hingezogen fühlt, aus organisatorischen Gründen einem andern Staatsgebilde eingeordnet werden — das werden die geringsten Schwierigkeiten sein, die dem Aufbau eines vernünftigen Verkehrs unter den Menschen entgegenstehen.

Wie wenig es sich bei den heute üblichen Minderheitenkämpfen um Kulturwerte handelt, läßt sich leicht einsehen, wenn man den beliebtesten Konfliktsstoff solcher Gegensätze ins Auge faßt: die Sprache. Da wird etwa die deutsche Sprache als hohes Kulturgut verteidigt, das den im Ausland wohnenden deutschen Minderheiten nicht verloren gehen soll. Und die gleichen Menschen, von denen man hiernach annehmen kann, daß ihnen daran liegt, die deutsche Sprache als ein Verständigungsmittel über Kulturwerte hochzuhalten, dulden es, daß an deutschen Universitäten deutsche Hochschullehrer die deutsche Sprache dazu mißbrauchen, sinnlose Wortfolgen für den Ausdruck tiefer Weisheit zu erklären. Es ist wichtiger, die deutsche *Mehrheit in Deutschland* davor zu bewahren, daß ihr die Sprache von der Minderheit der Philosophieprofessoren zerstört wird — etwa durch Flausen wie den Heideggerschen Satz: „Im Sein des Seienden nichtet das Nichts" —, als die deutsche *Minderheit in Polen* davon abzuhalten, daß sie sich an Stelle der deutschen Sprache eine andere angewöhnt, die als Mittel zur Verständigung noch nicht verdorben ist.

Die Aussprache schloß am Donnerstag abend ab, ohne daß irgend ein sachliches Ergebnis erzielt worden wäre.

Saalschlachten, Ueberfälle, Waffenschmuggel.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Hinterlistiger Nazi-Ueberfall.

In Hamburg wurde der SPD-Distriktsführer Bögo mit zwei Parteifreunden von 14 Nazis überfallen. Nachdem man Bögo von seinen Parteifreunden getrennt hatte, wollten die Nazi-Wegelagerer den bereits halb Bewußtlosen in einen Kanal werfen. Sie konnten daran nur durch Passanten gehindert werden. Furchtbar zugerichtet wurde Bögo schließlich zur Polizeiwache getragen.

Neue Feme-Tat der Nazis.

Angehörige des SA-Sturmes 14 überfielen einen ehemaligen Kameraden in seiner Wohnung und richteten ihn so zu, daß er längere Zeit vernehmungsunfähig war. Wahrscheinlich wird er auf einem Auge völlig erblinden.

Waffenfunde bei Nazis in Westsachsen.

Die Polizeidirektion Zwickau hat überraschend in Zwickau, Werdau, Glauchau, Planitz, Oberhohndorf und Kirchberg bei Anhängern der NSDAP Durchsuchungen nach Waffen vorgenommen. Es wurden etwa 20 Handfeuerwaffen gefunden. Festgenommen wurden etwa 50 Personen: die Hälfte wurde jedoch wieder entlassen. Gegen 25 Mann ist richterlicher Haftbefehl erlassen worden.

Umfangreicher Waffenschmuggel der Nazis.

Die Polizei ist einem umfangreichen Waffenschmuggel der Nazis von Holland nach Deutschland auf die Spur gekommen. Dazu weiß „Het Volk" zu berichten, daß viele junge deutsche Grenz-Zollbeamte sowohl auf Grund ihrer politischen Gesinnung als auch aus politischen Gründen bei ihrer geringen Entlohnung geneigt sind, diesem Treiben keinen Einhalt zu gebieten.

Der indische Religionskrieg vor dem Ende?

Nachdem es zwischen den Kastenhindus und den Parias zu einer Einigung hinsichtlich des Wahlsystems gekommen ist und die Absicht besteht, der Unterdrückung der Parias durch die anderen Kasten ein Ende zu machen, ist es nun auch zwischen Hindus und Mohammedanern zu einer weitgehenden Einigung gekommen. Nur die Frage, ob Hindus und Mohammedaner gemeinsame oder getrennte Wahlbezirke haben sollen, ist noch ungeklärt.

Teile und herrsche — ist das Prinzip der englischen Kolonialpolitik. Wenn in Indien die Einigkeit zwischen den Kasten und Gemeinden hergestellt sein wird, dann wird es um Englands Herrschaft schlecht bestellt sein.

Diplomatenschub in der Sowjet-Union.

Das Präsidium des Vollzugsausschusses der Sowjet-Union hat beschlossen, den russischen Botschafter in London, Sokolnikow, von seinem Posten abzuberufen. Zum Nachfolger Sokolnikows wurde der russische Gesandte in Helsingfors, Maiski, ernannt. Der russische Botschafter in Rom, Kurski, ist ebenfalls zurückgerufen worden. Zu seinem Nachfolger wurde der russische Gesandte in Athen, Potjemkin, ernannt, und zu dessen Nachfolger in Griechenland wurde der ehemalige russische Gesandte in Teheran und spätere russische Gesandte in Paris, Dawtjan, ernannt.

Fünf-Mächte-Konferenz vertagt.

Vom englischen auswärtigen Amt wird mitgeteilt, daß die Einladung zur Fünf-Mächte-Konferenz bisher nur von Italien angenommen worden ist (Amerika, das es nicht liebt, sich in europäische Angelegenheiten zu mischen, ist nicht offiziell eingeladen, sondern nur zur Entsendung eines Beobachters aufgefordert worden). Die deutsche Regierung hat Rückfragen gestellt, sich aber noch nicht entschieden. Auch die französische Regierung hat bisher nicht geantwortet. Der englische Botschafter in Paris hat daraufhin im Auftrage seiner Regierung am Quai d'Orsay mitgeteilt, die Konferenz sei auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Kriegssteuer in Bolivien.

Die bolivianische Regierung will während der nächsten fünf Jahre eine besondere Kriegssteuer erheben, die der Finanzierung des Gran Chaco-Krieges dienen soll.

Gute Aussichten auf langfristige Verträge für die internationale Rüstungsindustrie!

Das amerikanische Staatsdepartement erklärt, daß eine Konferenz über die an Amerika fälligen Kriegsschulden etwa Anfang nächsten Jahres — voraussichtlich in London — stattfinden werde.

Mein lieber SA-Mann!

Du bist ja mein braver Hausknecht, und „ich weiß, daß es größere Bereitschaft zu Opfer und Hergabe, als sie von deutschen Jungen von 1914 bis auf diesen Tag, also bis zu SA und den Werkstudenten, bestanden hat und besteht, bei uns und in der Welt vorher nicht gegeben hat". Ich lauschte auch gern auf Herrn Goebbels, denn er sprach, „so wie in diesem Augenblick Gott es ihm eingab". Und Goebbels selber? Nun, schweigen wir darüber, „es sollten uns beim Redner und Schriftsteller nicht seine menschlichen und seine Parteibezirke angehen, es sollte uns aber alles angehen, was etwa Gott durch ihn zu sagen hat".

Also lieber SA-Mann, „ich erkenne, daß unser Schicksal vom Schicksal der nationalsozialistischen Bewegung abhängt.... Ich sehe bewundernd", was Hitler fertig gebracht hat. Auch ich gehöre zu den forschen Kerlen und halte nichts von jener „mutlosen Liebe zum eigenen Volke, ... die die Oberste Heeresleitung verhinderte, ... gute Leute mit den Meuterern der Formationen niederschießen zu lassen, ... und die im November 1918 das Schießverbot in den aufgewühlten Städten eingab." Also immer stramm national drauf los geknallt! Fort mit den Leuten, die die Lüge aufstellen, daß es Proletarier gibt! „Proletarier ist unter deutschblütigen Menschen ... nur der, der Proletarier sein will ... Wir haben nicht, wie es dargestellt wird, getrennte deutsche Adels- und Bürger- und Bauern- und gar Arbeiterschichten- oder -klassen."

Aber, lieber SA-Mann, auch „in Eurem neuen Gemeinschaftsgefühle steckt eine ungeheure Gefahr, ... auch der Nationalsozialismus im besonderen nennt den Bürger verächtlich seinen Gegner ... Ich spüre die selbstzerstörerische Gefahr, ... wenn der Führer in Braunschweig von seiner dritten Front sprach, von der aus die bürgerliche Welt nicht weniger abgelehnt werde wie die proletarisch-internationale marxistische Welt." Aber schimpfe nicht gleich, lieber Hausknecht: „Ich will nicht mißverstanden werden, ich stehe hier nicht als Kritiker und nicht als ungebetener und ... überheblicher Berater des Nationalsozialismus." Aber Du mußt doch verstehen, was doch eigentlich auch die Grundlagen des Nationalsozialismus sind. „Ich vertrete den Gedanken der Oberschicht. ... Weil man bei uns seit dem Kriege zuliebe einer vermeintlichen neuen Volksgemeinschaft auf dem Boden eines vermeintlichen Sozialismus ... sich von einem Herrentum im Volke zu sprechen scheute oder es ableugnete, konnte man ganz logisch das Herrenrecht eines Volkes unter den Völkern nicht denken ... Der Deutsche ... wird seinen Sozialismus vom Herrn aus wollen müssen." Also gönne mir doch mein Geld, denn „über Eigentum führt der Weg zur Herrengesinnung." Laß mir doch auch mein Ansehen, meine Ruhe und noch einmal: Recht viel Geld. „Die Oberschicht braucht Abstand, die Oberschicht braucht Form, die Oberschicht braucht Andacht, die Oberschicht braucht Tradition, die Oberschicht braucht Persönlichkeit, die Oberschicht braucht materielle Unabhängigkeit."

*

Dies etwa ist der Inhalt einer Schrift: „Von der bürgerlichen Ehre und bürgerlichen Notwendigkeit" (München 1932), geschrieben von Hans Grimm, dem bekannten Verfasser eines Buches über vielen Unsinn vom „Volk ohne Raum". — Ein herrlicher Spiegel ist diese Schrift, sie macht uns den Kampf zwischen Papen und Hitler nicht nur deutlicher, sondern auch verständlicher.

Unsere Antwort wird etwa so lauten: Lieber Herr Grimm, sehen Sie sich einmal die „rauhen Kämpfer", und deren früheres und gegenwärtiges Leben etwas genauer an, orientieren Sie sich einmal über die Mordtaten der SA! Dann überwinden Sie einmal den Abstand, von dem Sie mit guten Grund sagen, daß Sie ihn brauchen, und gehen Sie in die Arbeiterviertel der Großstädte (oder haben Sie vor lauter andächtigem Abstand auch die Existenz solcher Bezirke noch nicht entdecken können?), fragen Sie in diesen Vierteln die Menschen, warum sie so dumm sind, Proletarier sein zu wollen, warum sie also sich selber und ihre kranken Kinder hungern lassen, warum sie ihre ungesunden Baracken nicht verlassen, zu dritt oder viert in einem Bett schlafen, warum sie zum Strick und zum Gashahn greifen, statt hiervon „Abstand" zu nehmen, um sich zwecks Beantwortung der Frage: „Wie werde ich Herrenmensch" von der Wohlfahrtsunterstützung Ihre Schriften zu kaufen! Wenn Sie das getan haben, lieber Herrenmensch Grimm, dann urteilen Sie noch einmal über SA und Proletariat, und wenn Sie dann Ihre Schriften in tausend Fetzen zerreißen, werden auch Sie einmal etwas für die Menschheit getan haben.

Aber Sie werden das nicht tun, denn Sie brauchen „Abstand und Form und Andacht und Tradition und Persönlichkeit und das Streben nach materieller Unabhängigkeit". Bg.

Ein nationales Talent.

Ignaz Brüll, der Komponist der Oper „Das goldene Kreuz", die vor dem Kriege viel gespielt worden ist, wurde von seinen Freunden nach Wiener Sitte nur „Nazi" genannt. Sein scharfer Kritiker Hellmesberger bezeichnete ihn deshalb als „nationales Talent", wobei er dies so aussprach:

„Nazi ohn' alles Talent".

Freispruch im Berliner Kommunisten-Prozeß.

Trotz unerhörter Methoden der Nazi-Freunde.

F. D. Im Berliner Kommunisten-Prozeß ist Donnerstag Nachmittag um 4 Uhr das Urteil verkündet worden. Wie erwartet, ist Freispruch erfolgt. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt. In der

Urteilsbegründung:

sagte der Vorsitzende: Es steht fest, daß in der Röntgenstraße sowohl von Kommunisten als auch von Nationalsozialisten geschossen worden ist. Es hat sich bis heute nicht ermitteln lassen, von wem die drei Nationalsozialisten angeschossen worden sind. Es ist möglich, daß die Kommunisten ausgezogen sind, um ihre bedrohten Freunde zu schützen, Landfriedensbruch kommt dann nicht in Frage. Wenn sie geschossen haben, nachdem sie angegriffen worden sind, haben sie in Notwehr gehandelt. Notwehr ist aber, auch wenn sie mit der Waffe in der Hand ausgeführt wird, nicht strafbar. Auch Totschlag kommt also nicht in Frage. Auch hat sich nicht feststellen lassen, wer den ersten Schuß abgegeben hat, und also nicht in Notwehr gehandelt hat. Da nicht festgestellt worden ist, wer den ersten Schuß abgegeben hat, ist nicht festgestellt, ob die Angeklagten schuldig sind. Auch wegen Raufhandels können die Angeklagten nicht verurteilt werden, weil auch hierfür die Schuldfrage nicht geklärt ist.

Die Plädoyers der beiden Verteidiger Litten und Rosenfeld

und des zweiten Vertreters der Nebenkläger, Kamcke, waren vorangegangen. Wie zu erwarten war, ließ Litten von dem Kartenhaus des Staatsanwalts nichts übrig. Gegenüber dem Vorwurf, daß durch die Presse und den Angeklagten nahestehenden Organisationen der Sachverhalt verdunkelt worden sei, weist er nach, wie gerade durch die Mitarbeit der Oeffentlichkeit eine ganze Reihe neuer und wichtiger Tatsachen bekannt geworden seien, so die Flucht der beiden Nationalsozialisten durch die Hinterfenster des Lokals, die Flucht dreier Nazis über die Röntgenbrücke unmittelbar nach der Schießerei, die geheimnisvolle Limousine mit den Waffen, die Sache mit den Patronen im Krankenhause, der Ueberfall am vorhergehenden Nachmittag. Allerdings alles Dinge, die die Angeklagten entlasten und die Nationalsozialisten belasten. Litten verwahrt sich entschieden dagegen, daß der Staatsanwalt aus der Tatsache, daß er (Litten) von Zeugen sich ihre Beobachtungen habe schildern lassen, schließe, er habe die Zeugen beeinflußt. Der Verteidigung stünde ebenso das Recht zu, Zeugen zu vernehmen, wie es dem Staatsanwalt zustünde. Und ebenso wenig, wie er dem Staatsanwalt den Vorwurf mache, daß er bei der Vernehmung Zeugen beeinflusse (es sei denn, daß es sich um einen Staatsanwalt von der Art Steinäckers handle), ebenso müsse er sich gegen diesen Vorwurf verwahren. Ueber den Pfarrer Hoff, einen der Kronzeugen der Staatsanwaltschaft, hatte Litten inzwischen noch in Erfahrung gebracht, daß

der Pfarrer Jungens einer Jugendgruppe, die er leitet, geraten hat, sich Pistolen anzuschaffen und diese der Polizei zu verheimlichen.

Die Oberflächlichkeit der Argumentation des Staatsanwalts zeigt er z. B. hinsichtlich des Angeklagten Schall: Der Angeklagte ist dringend verdächtig, geschossen zu haben. Deshalb hat er an dem Landfriedensbruch teilgenommen. Also: weil er des Totschlags dringend *verdächtig* ist, ist er des Landfriedensbruches *überführt*. Sterdt soll deshalb verurteilt werden, weil er ein Fahrrad besessen (daß er es zu was anderem, als nach Hause zu fahren, benutzt hat, ist nicht erwiesen) und weil er gerufen hat: „Nehmt doch Klamotten und wehrt Euch!" Litten hält es nach der Beweisaufnahme für erwiesen, daß

1. von seiten der Kommunisten keine Angriffsabsichten bestanden haben (das geht vor allem aus dem Verhalten der Kommunisten unmittelbar vor und nach der Tat hervor) und daß

2. ein planmäßiger Ueberfall seitens der Nationalsozialisten vorliege (wiederum aus dem Verhalten der Nazis unmittelbar vor und nach der Tat). Er beantrage deshalb Freispruch wegen erwiesener Unschuld.

Rosenfeld beleuchtet in seinem Plädoyer

die Methoden der Polizei.

Die Geschichte mit dem Schreibmaschinenpapier auf den Lichtbildern haben wir schon berichtet. An Hand von wissenschaftlichen Gutachten weist Rosenfeld nach, daß überhaupt die einzige stichhaltige Indentifikation die des Heraussuchens der Person selber aus mehreren anderen Personen ist, eine Methode, die ja auch sonst angewandt wird. Dem Vertreter der Nebenkläger, Uhrland, wirft er mit Recht vor, daß seine Aufforderung an das Gericht, es möge mit aller Schärfe des Gesetzes gegen die Angeklagten vorgehen, weil sonst im deutschen Volke eine große Enttäuschung die Folge wäre,

nahe an eine Aufforderung zur Rechtsbeugung grenze.

Denn entweder sind die Angeklagten schuldig, dann sind sie natürlich mit der Schärfe des Gesetzes zu bestrafen, und der Hinweis auf die Stimmung des Volkes ist überflüssig, — oder aber sie sind unschuldig, dann sind sie freizusprechen, und die Stimmung des Volkes ist erst recht belanglos. Wer bei der Rechtsprechung auf die Stimmung des Volkes als Argument hinweist, zeigt damit, daß er nicht den Namen eines Rechtsvertreters verdient.

Kamcke, der zweite Vertreter der Nebenkläger, überbot seinen Parteifreund Uhrland noch in der Oberflächlichkeit der Beweisführung und in dem Versuch, das Gericht unsachlich zu beeinflussen, um nicht zu sagen einzuschüchtern. Er verglich den Prozeß in Beuthen (Potempa) mit diesem Prozeß: Der einfache (!) Mann im Volk sieht nicht die feinen Unterschiede dieser beiden Prozesse. Er liest die kurzen Berichte in den Zeitungen und erfährt, daß in Beuthen Nationalsozialisten, die einen Polen getötet haben, zum Tode verurteilt werden und hier vielleicht, daß diejenigen, die einen Nationalsozialisten getötet haben, freigesprochen werden. Die Oeffentlichkeit sieht nur diesen krassen Gegensatz: Herr Kamcke tut also so, als ob darüber verhandelt worden wäre, ob die Schuldigen freigesprochen oder verurteilt werden sollen und nicht darüber, wer der Schuldige ist, abgesehen davon, daß der Hinweis auf die Stimmung des Volkes in jedem Falle eine unzulässige Beeinflussung des Gerichts darstellt, das Recht sprechen soll und sich nicht als ausführendes Organ der Volksstimmung betrachten soll (dazu noch des Nazivolkes!). Die übrige Argumentation Kamckes war nicht nur oberflächlich, sondern stützte sich zum großen Teil auf grobe Unrichtigkeiten, wie Litten leicht nachweisen konnte.

Zur weiteren Kennzeichnung dieses *Rechts*anwalts mag die Mitteilung genügen, daß er auf die

Antwort, die ihm Litten auf seine Rede gab, nicht hinhörte, sondern ostentativ den „Angriff" las.

Der Staatsanwalt zog es vor, nicht noch einmal das Wort zu ergreifen.

Nach 1½stündiger Pause verkündete das Gericht das schon mitgeteilte Urteil.

*

Damit sind für diesmal 9 Antifaschisten den Klauen der Sondergerichte entrissen worden. Wir beglückwünschen sie dazu. Es hätte auch anders kommen können. Wenn es nicht anders kam, so ist das neben der geschickten Verteidigung, die es verstand durch immer neue Gesichtspunkte den Sachverhalt zu klären, der Arbeit der „Roten Hilfe" zu verdanken, die in rühriger Weise immer neues Beweismaterial heranschaffte und sich nicht darauf beschränkte, den Angeklagten gute Verteidiger zu stellen. Das zeigt die Wichtigkeit der proletarischen Solidaritäts-Organisationen gegenüber der Klassenjustiz.

Sonst scheinen mir noch zwei Dinge an diesem Prozeß wichtig:

1) Es scheint bei den Nationalsozialisten allgemeine Regel zu sein, bei Ueberfällen möglichst schnell selber die Polizei zu alarmieren, um den Schuldverdacht von vornherein auf die Gegenseite zu schieben. Der Wirt des Nazi-Lokals sagte aus, daß in der letzten Zeit unzählige Male das Ueberfall-Kommando alarmiert wurde. 2) Auffällig ist die große Bereitwilligkeit der Polizei, einseitig Kommunisten belastende Spuren zu verfolgen. Selbst bei einem so übelberüchtigten Sturm, wie diesem Sturm 33. Den Zeugen wurden auf der Polizei nur die Lichtbilder der Kommunisten vorgelegt! Verhaftete Nazis wurden auf ein nur von ihnen selber behauptetes Alibi hin wieder entlassen. Das Sturmlokal wurde nicht sorgfältig abgeriegelt (man konnte vorn und hinten herausflüchten) und nicht sorgfältig durchsucht. Aussagen der Kommunisten vor der Polizei wurden entstellt aufgenommen, sodaß sie nachher in der Anklageschrift in ihrem Sinn ins Gegenteil verkehrt wurden und als Stütze für die schwere Anklage dienten. Daraus folgt, daß Antifaschisten bei Aussagen vor der Polizei außerordentlich vorsichtig sein müssen, — am besten überhaupt nichts aussagen vor der Polizei.

Der größte Devisenschieberprozeß Deutschlands

Sowjet-Rußland als Auftraggeber?

Vor der Zweiten Großen Strafkammer beim Landgericht I in Berlin begann am Dienstag ein Devisenschiebungsprozeß, der bisher als der größte Prozeß dieser Art angesehen werden kann. Der Hauptangeklagte ist der früher bei einer Berliner Großbank tätig gewesene Devisenhändler Emeran Sedlmaier, der mit einem Monatsgehalt von 1000 Mark und weiteren Bezügen bei der Bank angestellt war. Sedlmaier wird des Vergehens gegen die Devisenverordnung vom 23. Mai 1932 und der Urkundenfälschung beschuldigt. Es wird ihm vorgeworfen, 5½ Millionen in ausländischem Besitz befindliche deutsche Effekten bei Berliner Banken verkauft und den Erlös wieder nach dem Auslande, hauptsächlich nach der Schweiz und nach Oesterreich, gebracht zu haben. Mitangeklagt wegen Beihilfe ist der Straßenhändler Adam Neuhauser, den Sedlmaier bei den Banken, bei denen er die Devisen verkaufte, als seinen Onkel, einen Millionär, bezeichnete. Seine Hintermänner hat Sedlmaier, der sich gleich Neubauer in Untersuchungshaft befindet, nicht genannt. Man vermutet, daß der Mittelsmann der südslawische Rechtsanwalt Sajowicz ist.

*

Kurz vor Schluß der Beweisaufnahme kam es zu

einem sensationellen Zwischenfall.

Der Verteidiger Sedlmaiers, Rechtsanwalt Dr. Hein, erklärte, daß es wohl als festgestellt angesehen werden müsse, daß die Devisenverkäufe, die Sedlmaier getätigt habe, in der Hauptsache durch das Berliner Bankhaus Laban, Spiehl u. Co. gegangen seien. Dieses Bankhaus sei aber in Berliner Börsenkreisen als dasjenige bekannt, das **große Geschäfte mit Sowjetrußland** mache und mit der Sowjetunion in Geschäftsverbindung stehe. Es müsse deshalb an Sedlmaier, zumal er ein eingeschriebenes Mitglied der KPD sei,

die Frage gerichtet werden, ob er die im ausländischen Besitz befindlichen Effekten im Interesse und im Auftrage der Sowjetunion verkauft und den Erlös für kommunistische Parteizwecke verwendet habe.

Sedlmaier erklärte hierzu, daß er die Aussage darüber verweigern müsse, denn er könne seine Auftraggeber nicht nennen. Als der Vorsitzende den Angeklagten darauf hinwies, daß er wohl könne, aber nicht wolle, meinte Sedlmaier, weil es sich um eine Vertrauensangelegenheit handele und ihm daran liege, seine Auftraggeber nicht preiszugeben, um sich nicht jede Aufstiegsmöglichkeit für die Zukunft zu nehmen, könne er keine Auskunft geben. Der Staatsanwalt beantragte vier Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und Einziehung der Konten. Das Gericht verurteilte Sedlmaier am Donnerstag zu drei Jahren, vier Monaten Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe, ersatzweise weiteren 500 Tagen Gefängnis. Der Mitangeklagte, Straßenhändler Adam Neuhauser, erhielt wegen Beihilfe zu Devisenvergehen fünf Monate Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe, ersatzweise weitere zwanzig Tage Gefängnis. Die bei verschiedenen Berliner Banken befindlichen Konten Sedlmaiers und Neuhausers wurden vom Gericht zu Gunsten des Reiches beschlagnahmt.

Wiederaufnahmeverfahren Bullerjahn.

Das Wiederaufnahmeverfahren gegen den Lagerverwalter Bullerjahn, der vor acht Jahren wegen Landesverrats zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, beginnt am 25. Oktober vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

101) THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

Den aufgeregten Unterstaatssekretär Haußmann beruhigt er damit: „Die bürgerlichen Minister werden als technische Mitarbeiter gebraucht. Natürlich können sie nicht ohne Mitbestimmungsrecht in das Kabinett eintreten. In diesem Punkt werden die Forderungen der Unabhängigen sicherlich korrigiert." Dem sehr bescheiden auftretenden konservativen Abgeordneten mit den drei Pressevertretern, die ihm mitteilen, daß der „Lokal-Anzeiger" von Spartakisten, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" und die „Berliner Allgemeine Zeitung" von Unabhängigen besetzt worden ist, und die lediglich über die rechtliche Seite dieser Angelegenheit Informationen wünschen, bittet er Geduld zu haben: „Das letzte Wort in diesen Dingen ist noch nicht gesprochen, aber das ist jetzt schon zu sagen: die zu fällenden Entscheidungen liegen weder bei den Spartakisten noch bei den Unabhängigen." Mit Dr. Landsberg bespricht er die Beantwortung der von den Unabhängigen aufgestellten Forderungen für eine gemeinsame Regierungsbildung und überläßt sie ihm zur weiteren Behandlung innerhalb des im Hause tagenden Parteivorstandes. Dem Genossen Wels, der ihm über seine Tätigkeit berichtet, über Soldatenräte, die er bearbeitet, über Wachen, die er an den Spreebrücken aufgestellt hat, über Propagandawagen, die mit der Einigungsparole durch die Stadt fahren, und der ihm Pläne für Beeinflussung der großen Arbeiter- und Soldatenratsversammlung am nächsten Tag entwickelt, antwortet er: „Mach' so weiter, — tu alles, was du für richtig hältst!" Hermann Müller, der seine Eindrücke in Kiel schildert und erzählt, wie es Noske durch Uebernahme des Gouverneurpostens gelungen ist, eine dem A- und S-Rat übergeordnete Instanz zu schaffen, unterbricht er: „Die Hauptsache ist jetzt Berlin. Vor allem müssen wir die Unabhängigen und Spartakisten auf die Linie gemeinsamer Arbeit mit uns zwingen. Wels hat den Auftrag, die Soldaten in diesem Sinne zu bearbeiten. Die morgen stattfindende Versammlung der A- und S-Räte kann für ganz Deutschland entscheidend sein . . ." Dann macht er eine Pause und holt ein Stullenpaket hervor. Nachdem er den letzten Bissen kaum in den Mund gesteckt hat, läßt er den Nächsten hereinrufen — den sozialdemokratischen Vertrauensmann im Kriegsministerium, Genossen Göhre. Ebert betrachtet die Leutnantsuniform, die der kurz beim Militär gewesene Göhre zu Ehren seiner neuen Funktion heute aus dem Schrank hervorgeholt und angezogen hat. Diese unmöglich sitzende Uniform und die eben so unmöglichen Unterschriften unter einem militärischen Aufruf: „Göhre, L. d. Landwehr; Südekum, L. d. Landwehr; Colin Roß, L. de Reserve", rufen wieder diesen Gedanken in ihm wach, den er nicht laut zu äußern wagt, den er nicht einmal mit seinen engsten Freunden besprechen kann — wenigstens heute noch nicht —, der ihm dennoch das einzige Mittel zu bieten scheint, die Sozialdemokratie an der Macht zu halten . . . Nachdem Göhre gegangen ist und der nächste Besucher, der Genosse Hirsch, ihm die Grundlinien eines zu schaffenden „Volksausschusses zum Schutze der gemeinnützigen Einrichtungen von Groß-Berlin" darlegt, brütet er noch über diesem Gedanken. Dem Genossen Hirsch, der von Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerken und Sparkassen spricht, nickt er ernsthaft zu, gleichzeitig räsoniert er: vielleicht Verrat, aber es wird nichts anderes übrigbleiben, keine Regierung ohne militärische Macht.

Im Fraktionszimmer der Unabhängigen ist die Antwort der Sozialdemokraten zu den aufgestellten Punkten für eine gemeinsame Regierungsbildung eingetroffen.

Liebknecht wirft das Schreiben auf den Tisch zurück:

„Deutschland soll eine soziale Republik sein, — das erkennen sie an, aber nur als Forderung und als Ziel. Eine Konstituante soll darüber entscheiden. Dazu sind sie gegen Arbeiter- und Soldatenräte und betonen die Notwendigkeit, bürgerliche Mitglieder in die provisorische Regierung aufzunehmen. Genossen, das ist ein Kabinett der Konterrevolution. Wir haben darin nichts zu tun. Unsere Aufgabe ist, die Revolution weiter zu treiben . . ."

Ledebour stimmt Liebknecht zu:

„Ich würde mich mit diesen Leuten im allgemeinen und mit Ebert und Scheidemann im besonderen nicht an einen Tisch setzen, viel weniger in eine Regierung!"

Hugo Haase, den die vorher verlesenen Waffenstillstandsbedingungen in eine verzweifelte Stimmung versetzt haben, ist prinzipiell gegen eine Beteiligung an der Regierung: „Aber andererseits sind wir allein zu schwach, die Geschäfte zu übernehmen. Durch unsere zahlenmäßige Unterlegenheit würden wir sofort ins Hintertreffen kommen . . ."

Dittmann, Wurm und Cohn sind für Beteiligung:

„Wir dürfen keine Abstinenz üben, und die Regierung ist nötig für das Abschließen des Waffenstillstandes. Dann wollen wir doch wenigstens für drei Tage eintreten. Auch der Name Liebknecht ist wichtig. Er kann es doch wohl nicht verantworten, wenn durch seine Weigerung der Waffenstillstand verzögert wird und deshalb auch nur ein Soldat noch sein Leben verliert . . ." So bewegt die Debatte sich im Kreise weiter. Dittmann, Wurm und Cohn auf der einen, Ledebour und Liebknecht auf der andern Seite, mitten drin Haase, der zu vermitteln sucht und sich bemüht, ein Kompromiß zu finden.

In drei Brennpunkten treffen sich die revolutionären Energien:

Im zweiten Obergeschoß des Reichstages, im Zimmer Nummer 18, erwägen die Vertreter der radikalen parlamentarischen Richtung die Machtverhältnisse der beiden sozialistischen Parteien und schwanken zwischen den Möglichkeiten alleiniger Regierungsübernahme, gemeinsamer Uebernahme mit den Sozialdemokraten und völliger Enthaltung.

Im großen Plenarsaal des Reichstages konstituiert sich aus den revolutionären Obleuten und der zufälligen Ansammlung von Arbeitern und Soldaten ein provisorischer Ausschuß, der die am andern Tag einzuberufende Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte vorbereitet.

(Fortsetzung folgt.)

Neue Wege der Gewerkschaftsarbeit!

F. L. „Die Zeit der stärksten Reaktion ist da. Sie zwingt uns, neue Wege der Gewerkschaftspolitik einzuschlagen. . . . Wir sind bereit, den uns aufgezwungenen Kampf aufzunehmen."

Die Wirkung dieses Mahnrufs von Leipart ist bereits in den Landgemeinden zu spüren, sogar in Orten, wo bisher von Gewerkschaftsarbeit nicht die Rede war. Die Bezirksleitung Kassel des ADGB z. B. hat jetzt in ihren Landkreisen eine Reihe von Mitgliederversammlungen einberufen, die

den Aufbau einer Vertrauensmännerorganisation

in Angriff nehmen sollen.

Um die Mitglieder wieder fester zusammenzufassen und neue Aufgaben in Angriff zu nehmen, war die Gewerkschaftsversammlung einberufen worden.

Wie sehen diese neuen Aufgaben aus?

Bisher wurde manchen Arbeitern die ihnen rechtmäßig zustehende Unterstützung nicht ganz ausgezahlt, manche bekamen überhaupt keine Unterstützung.

Die neue Aufgabe der Gewerkschaften besteht darin, sich über die Höhe der den Arbeitern zustehenden Unterstützung zu informieren, den Arbeitern Rat zu geben, wie sie am besten ihre Forderungen durchsetzen können, und

vor allen Dingen selber den Kampf da aufzunehmen, wo Anträge auf Unterstützung verschleppt oder zurückgewiesen werden, oder wo den Arbeitern der ihnen zustehende Unterstützungssatz nicht voll ausgezahlt wird.

Dazu ist natürlich die bisherige Organisierung in Betriebsbelegschaften nicht zu gebrauchen. So wie früher nach Betrieben, sollen

die Gewerkschaftsmitglieder jetzt nach Stempelstellen zusammengefaßt werden.

Jede Stempelstelle soll einen Vertrauensmann haben, der die Interessen der zur Stempelstelle gehörenden Arbeiter vertritt. Später soll diese Vertrauensmänner-Organisation dahin ausgebaut werden, daß jede Landgemeinde einen eigenen Vertrauensmann hat. Die Vertrauensmänner der Stempelstellen eines Kreises werden wiederum in der Kreis-Kommission zusammengefaßt, die dem Bezirksobmann des ADGB untersteht. Die Vertrauensmänner brauchen nicht notwendig arbeitslose Kollegen zu sein; es ist gleichgültig, welcher freien Gewerkschaft sie angehören. Durch diese enge Zusammenarbeit der Bezirksleitung mit den Vertrauensmännern soll erreicht werden, daß wenigstens die geringen Rechte, die den Arbeitern von den heute Regierenden überhaupt noch zugebilligt werden, nicht von Bürobeamten nach deren willkürlichem Ermessen geschmälert werden.

Wie schwierig es für die Kollegen ist, auch nur zu erfahren, auf welche Unterstützung sie Anspruch haben, zeigt die Tatsache, daß fast jeder Kreis des Bezirks Kassel andere Unterstützungssätze hat, je nach der Höhe der örtlichen Lebenshaltung und dem Stand der Finanzen eines Kreises. Es ist vorgekommen, daß sich Landräte zunächst geweigert haben, den Gewerkschaftsvertretern Auskunft über die Unterstützungssätze zu geben. Erst nachdem diese beim Regierungspräsidenten vorstellig geworden waren, bekamen sie die gewünschte Auskunft.

Ohne die Hilfe, die jetzt von seiten der Gewerkschaften einsetzen soll, sind die Arbeiter der Willkür der Wohlfahrtsbehörden schutzlos preisgegeben. Viele von ihnen wissen überhaupt nicht, welche Unterstützung ihnen nach den Bestimmungen zusteht, wie hoch nach den amtlichen Sätzen die Abzüge sind. Sie wissen nicht, welche Wege sie einschlagen können, um ihren Ansprüchen Geltung zu verschaffen. Wir kennen alle die Mutlosen, die schon von vornherein darauf verzichten, etwas zu unternehmen, weil sie meinen, es habe doch keinen Zweck.

Deshalb ist der Schritt der Gewerkschaften sehr zu begrüßen. Wenn es sich zunächst auch nur darum handelt, daß die wenigen vom Staat zugestandenen Rechte gewahrt bleiben — denn einen Ausbau der Sozialversicherung werden die Gewerkschaften jetzt kaum erreichen — so kann der Erfolg doch über seine jetzige Bedeutung hinauswachsen. Durch eine gute, energische Arbeit der Vertrauensmänner kann der zunehmenden Mutlosigkeit unter den Arbeitern ein Damm entgegen gesetzt werden. Die Arbeiter sehen, daß sie, organisiert, nicht vollkommen der Willkür der Wohlfahrtsbehörden preisgegeben sind. Vielleicht wird mancher, der der Gewerkschaft enttäuscht den Rücken gekehrt hatte, wieder eintreten und mitarbeiten. Noch mehr: Die Solidarität unter den Arbeitern wird wieder wachsen, nicht nur die Solidarität mit den Parteigenossen — von einem politischen Leben, einer Aktivität der Parteien, kann auf dem Land augenblicklich gar keine Rede sein — die Solidarität mit allen Arbeitern, ganz gleich welcher Partei sie angehören, und der Angriffswille können gestärkt werden.

Die Aufgabe, die Arbeiter auf dem Lande aktiver zu machen, wird anscheinend nun durch die Gewerkschaften in Angriff genommen, und damit auch das, was wir längst von ihnen gefordert hatten:

den Kampf um die Durchsetzung einfacher Forderungen auf dem Lande, die von allen anerkannt werden.

Zwei Todesurteile.

Vom Bielefelder Sondergericht wurden am Donnerstag der 32 Jahre alte Walter Wabbel und der 20jährige Richard Kuczynski, beide aus Bochum, wegen Totschlags an einem Polizeibeamten in Tateinheit mit versuchtem Totschlags an einem zweiten Polizeibeamten nach § 1 Ziffer 1 der Notverordnung vom 9. August 1932 zum Tode verurteilt.

Die Angeklagten hatten auf der Flucht nach einer mehrtägigen Diebesfahrt in einem gestohlenen Auto am 10. September zwei Polizeibeamte, die sich ihnen in den Weg stellten und Haltesignale mit einer Taschenlampe gaben, in 80 Kilometertempo angefahren, wobei der eine Beamte getötet und der andere schwer verletzt wurde.

In der Begründung erklärte der Gerichtsvorsitzende u. a., daß das Gericht über Kuczynski nicht die Todesstrafe verhängt haben würde, wenn es hierzu nicht durch die Notverordnung gezwungen worden wäre.

Kunden-Werbung!

Der Vertreter L., der Abonnenten für Versicherungszeitschriften wirbt, war von jeher bestrebt, „Dienst am Kunden" zu üben. Sechs Zeugen bekunden, daß L. sie zu Unterhaltungen über sein Versicherungsgewerbe zu einem Glase Bier eingeladen hat. Aus dem einen Glase wurden mehrere, und es war schließlich für L. eine Kleinigkeit, die durch den reichlichen Biergenuß leicht benebelten Zechkumpane zu überreden, ihren Namen unter einen Bestellschein für irgend eine Versicherungszeitschrift zu setzen.

Die meisten auf diese Weise gewonnenen „Abonnenten" bestritten, die Unterschrift eigenhändig geleistet zu haben, und so kam es, daß L. wegen fortgesetzten Betruges in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung vor das Amtsgericht Berlin-Mitte zitiert wurde. Die Schriftproben der als Zeugen geladenen „Abonnenten" retteten den Angeklagten vor einer schweren Strafe, denn sie führten zu dem Ergebnis, daß alle Zeugen die Bestellscheine selber unterschrieben hatten und die Unterschriften nicht von L. gefälscht sein konnten. Nur in einem Falle blieb die Anklage aufrechterhalten, weil der Angeklagte für eine des Schreibens unkundige Frau einen Bestellschein gegen ihren Willen durch deren Verlobten ausfüllen und unterzeichnen ließ. Das Gericht nahm in diesem Falle einfachen Betrug an und verurteilte L. unter Zubilligung mildernder Umstände zu 50 Mark Geldstrafe oder 10 Tagen Haft. — Pit.

Noch immer nichts gelernt.

KPD über Einheitsfront im Betrieb.

W. L. Die KPD-Kassel hatte zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen, in der Oettinghaus, der ehemalige SPD-Abgeordnete, über das vielversprechende Thema sprach: „Einheitsfrontaktion in Betrieb, Stempelstelle, Mietskaserne schlägt Papen-Diktatur."

Wer diesem Thema gemäß erwartete, von der KPD vernünftigere Maßnahmen als seither zu hören, die zur Bildung der von den Arbeitern so ersehnten Einheitsfront beitragen könnten, wurde enttäuscht. Für Oettinghaus heißt Einheitsfrontaktion: Eintritt in die KPD.

Wohltuend wirkte trotzdem bei dieser Veranstaltung die Sachlichkeit des Redners. Er kritisierte wohl scharf und ironisch die SPD- und Gewerkschaftspolitik, blieb aber dabei anständig. Auch der Beifall der Versammlungsteilnehmer zeigte, daß diese Art von Kritik erfolgreicher wirkt als die allgemein übliche Schimpferei der KPD-Redner über SPD-Führer. Hoffentlich lernt die KPD bald daraus.

Ein neugeschaffener KPD-Spieltrupp, genannt „Neue Zeit 32" gab in der Pause eine Probe seines Könnens. Es wurden einige sogenannte „Proletarische Songs" vorgeführt, die wirkungsvoll und sehr anschaulich das Verhältnis der Ausgebeuteten zu ihren Unterdrückern aufzeigte.

Verbreitert die Streikfront.

Schlichterkonferenz, „Berliner Tageblatt" und auch der „Vorwärts" stellen zwar in trauter Gemeinschaft beschwichtigend fest, daß die Bedeutung der angeblich wenigen Streiks gegen den neuesten Notverordnungs-Lohnraub aufgebauscht würde. Dennoch wirft das „Berliner Tageblatt" in merkwürdigem Widerspruch zu seiner anfänglichen Feststellung besorgt die Frage auf, wie der Gefahr zu begegnen sei, „daß durch immer neue Einzelstreiks, durch einen Guerilla-Lohnkrieg, die Möglichkeit von Lohnsenkungen und Neueinstellungen vielfach in Frage gestellt würde". Erfreulich ist es dabei, daß selbst das „B. T." zugeben muß, die Streiks gegen die Lohnsenkungsverordnung seien fast ausnahmslos erfolgreich gewesen.

Manche Unternehmer hätten außerdem von sich aus schon gar nicht erst einen Abzug in der vollen zulässigen Höhe versucht.

Auch das muß wohl als ein Erfolg der entschlossenen Haltung der Arbeiterschaft gebucht werden.

Zu allem Ueberfluß aber, so schreibt das Blatt weiter, finde man auch bei den Arbeitgeber-Verbänden gar nicht den Willen und die Bereitschaft, zugunsten ihrer Mitglieder alle Möglichkeiten des Wirtschaftsprogramms voll auszuschöpfen. Zwar soll dies in nicht geringem Maße auf die Verantwortungs-Scheu der Arbeitgeber-Syndici zurückzuführen sein. Noch wichtiger aber erscheint es uns, daß offenbar die Unternehmer selber ein Haar in der Suppe gefunden haben. Im Zeitalter der Kartelle haben sie kein Interesse an einer Verschiebung der Wettbewerbsverhältnisse unter einander. Jetzt plötzlich wird daher die „Auflockerung der Tarife" von manchen als unbequem empfunden.

So zeigt sich immer klarer, daß die Reichsregierung sich mit ihrer jüngsten Lohnsenkungs-Aktion zwischen zwei Stühle gesetzt hat.

„Verhandeln, verhandeln", das soll der einzige Weg sein aus dieser verfahrenen Situation. Wir aber wissen einen besseren Weg, nachdem die siegreichen Aktionen der Arbeiterschaft die Unternehmer-Presse schon zur Besinnung bringen:

Aufrichtung der Streik-Front überall

da, wo sich nur die leisesten Lohnabbau-Wünsche regen. Selten war die Situation so günstig für solche Aktionen. Dieser „Guerilla-Krieg" vermag das Selbstbewußtsein der Arbeiter von neuem zu wecken.

Streik bei Karstadt und anderswo.

Die Textilarbeiter bei Karstadt in Kassel sind gegen einen Lohnabbau ohne Einwilligung ihres Verbandes in den Streik getreten. Die Firma versuchte Streikbrecher anzuwerben, hatte aber keinen Erfolg damit.

Ueber 100 Arbeiter, die das Arbeitsamt zu Karstadt schickte, lehnten es ab, Streikbrecherdienste zu übernehmen.

Die Firma hat den streikenden Arbeitern die Entlassungspapiere zugestellt und dadurch eine Einigung zunächst erschwert.

Im Rammelsbach (Westpfalz) streiken 150 Steinarbeiter gegen einen Lohnabbau.

In Dresden stehen von der 1100 Mann starken Belegschaft der **Gardinenfabrik Dobritz** die Abteilungen Bleicherei, Färberei, Näherei, Konfektion im Streik.

Im Hille-Werk Dresden-Reick wurde ein angekündigtes Lohnabbaudiktat der Direktion zurückgenommen, als die Belegschaft mit 448 gegen 6 Stimmen den Streik beschloß.

Vom Leipziger Buchbinderstreik.

Auf Grund der vom Amtsgericht auf Antrag der Arbeitgeber erlassenen einstweiligen Verfügung hat der Buchbinderverband seine streikenden Mitglieder bei der Großbuchbinderei Sieke und Co. aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen. Wenn er seine Gelder nicht den Unternehmern als Schadenersatz in den Hals werfen wollte, konnte er nicht gut anders. Selbstverständlich können Arbeiter auch gegen den geäußerten Wunsch der Gewerkschaften streiken. Es gibt auch das Mittel der passiven Resistenz. Eine Stellungnahme der streikenden Buchbinder liegt noch nicht vor. Jedenfalls ist es nicht zu begrüßen, daß über die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse irgend ein Amtsrichter ohne Diskussion entscheidet.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH. Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH. Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Achtung! Gartenbesitzer!

Lassen Sie Ihr Obst zu naturreinem Saft (Süßmost) verarbeiten, dann haben Sie während des ganzen Jahres immer frisches Obst in flüssiger Form.

Aufklärende Prospekte kostenlos durch

Frischkost-Obstverwertung
MAGDEBURG
Otto-von-Guericke Str. 104

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy,
Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

Maßarbeit erstklassig und billig
Herren-Anzüge / Mäntel / Damen-Kostüme
Aufbügeln und Reparaturen
ALFRED ARENSBERG
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

BERLIN
DIE **KAMERA**
Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987
Ab 7. Oktober:
Alexander Moissi in seinem einzigen Tonfilm:
DIE KÖNIGSLOGE
mit Camilla Horn
Dazu das gute Beiprogramm
Jugendliche haben Zutritt
Anfangszeiten: 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten
Sammelt Anzeigen
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten

Was tust Du
für die Einheitsfront der Arbeiterklasse? — Wenn Du schon kein Redner und Agitator bist, verwende wenigstens bei jeder Gelegenheit **Klebemarken** mit dem Einheitszeichen. — Bestelle die Klebemarken noch heute bei der
Buchdruckerei Oscar Wettin, Gelnhausen, Hessen-N.
Es kosten bei Voreinsendung des Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 3,— Mark. — Zusendung unter Nachnahme zuzüglich 30 Pf. Nachnahmegebühr.

Gandhis Hungerstreik siegreich beendet!

Das Nachgeben der englischen Regierung in der Frage des Wahlsystems zeigt die Macht Gandhis und seiner Anhänger. Der neue Feldzug Gandhis gegen die „Unberührbarkeit" der Parias lenkt wiederum das Interesse auf die Lage des indischen Volkes.

Wer wissen will, wie es in Indien heute aussieht, der lese:

Indien in der Zange.
Die wirtschaftliche Not eines großen Volkes.
Von Karl Hinkel.
Mit einer Karte und 9 Bildern / Brosch. 3,— M., Ganzl. 4,— M.

Aus den Presseurteilen:

„Gerade jetzt, wo Indien so sehr im Vordergrund steht, kommt dieses Buch im rechten Augenblick. Es ist hauptsächlich für denjenigen bestimmt, der etwas über die wirtschaftlichen Bedingungen in Indien wissen will, sie mit den Zuständen in anderen Ländern vergleichen will, um eine Vorstellung zu bekommen von den Ursachen der großen Armut Indiens und der Rolle, die England dabei gespielt hat. Es ist ein gutgeschriebenes Buch . . ."
„New India", Calcutta 1. September 1932.

„Die Bücherscheinungen des Verlages „Oeffentliches Leben" zeichnen sich in ihrer Materialsammlung allesamt durch zuverlässige Genauigkeit und klare Disposition des Stoffes aus. Alle Quellenangaben und Literaturhinweise sind stets umfänglich, alle Behauptungen auf ihre Haltbarkeit mehrfach geprüft und gewissenhaft eingeschränkt, wo es notwendig ist. Diese Vorzüge machen auch das vorliegende Buch zu einer hervorragenden Informationsquelle über die gegenwärtige Situation in Indien und über die wirtschaftlichen und politischen Theorien Gandhis, mit dem selbst und dessen Schülern der Verfasser ausführliche Gespräche hatte."
„Der Volkslehrer", Nr. 20 vom 7. August 1932.

Verlag „Oeffentliches Leben", Berlin S14, Inselstr. 8a.
Postscheckkonto Berlin 313 42.

Bedenken der Hessen-Regierung gegen das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung.

Die Hessen-Regierung ließ im hessischen Landtag bei der Beratung von Anträgen zur Arbeitsbeschaffung erklären, es sei zwar falsch, das Wirtschafts-Programm der Reichsregierung von vornherein abzulehnen. Jedoch habe es den Anschein, als ob die Reichsregierung einen wesentlichen Teil der Wirtschaftskrise nicht genügend in Rechnung gestellt habe. In dem Plan fehlten vor allem die wesentlichen absatzfördernden Momente. Gerade entgegengesetzt aber müßten die in dem Plan vorgesehenen Lohnkürzungen wirken.

... Wenn in den Produktionsapparat rund 2,2 Milliarden hineingesteckt würden, so müsse auch neue Kaufkraft dafür geschaffen werden. In dieser Beziehung seien aber die Lohnkürzungen gerade das Gegenteil. In Hessen seien merkbare Neueinstellungen bis jetzt noch nicht bekannt geworden. Dagegen liefen täglich Stillegungsanträge auch von großen Unternehmungen ein. Die einzige sichtbare Auswirkung sei bis jetzt, daß große Werke mit 1200 und 700 Arbeitern und Angestellten für sich den § 7 der Verordnung vom 4. September 1932 in Anspruch nähmen und vom Schlichter eine Lohnsenkung bis 20 Prozent verlangten.

Die Kontingentierung der Ein- und Ausfuhr von Industrieprodukten führe nach Auffassung der hessischen Regierung zu empfindlichen Gegenmaßnahmen der ausländischen Industrie und damit zu einer starken Hemmung der Ausfuhr nach den betreffenden Ländern (Holland, Dänemark u. s. w.). Das Wichtigste für die Ueberwindung der lähmenden Wirtschaftskrise scheine die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens auf der Basis von ehrlichen Verträgen unter gleichberechtigten Partnern zu sein. Dadurch erst sei eine Befriedung der Wirtschaft überhaupt möglich.

*

Wir wünschen der Reichsregierung ein Fünkchen dieser Einsicht.

Hessen-Regierung und Nazi-Polizisten.

Auf einen mit Hilfe des Zentrums angenommenen Antrag des hessischen Landtags, den Polizeibeamten die Mitgliedschaft in der NSDAP zu gestatten, erklärte der Innenminister Leuschner, daß die Hessen-Regierung keinen Grund sehe, von ihrem bisherigen Verbot abzugehen. — Die Auflösung des hessischen Landtages wurde im übrigen abgelehnt.

Verschleuderung öffentlicher Gelder.

Dienstaufwand und Ehrengeschenke.

W. H. Gegen den Verbands-Vorstand des Elektrizitäts-Zweckverbandes Stade, eines öffentlichen Unternehmens, wurden in einer Ausschußsitzung des Verbandes auf Grund eines Revisionsberichtes der Deutschen Revisions- und Treuhand AG schwere Vorwürfe erhoben, aus denen hervorgeht, daß in diesem Unternehmen in unverantwortlicher Weise mit öffentlichen Geldern gewirtschaftet worden ist. Abschieds- und Ehrengeschenke an Vorstandsmitglieder in Höhe von 3000 bis 5000 Mark waren an der Tagesordnung. Der Verbandsvorsteher Wiedenfeld hat in den Jahren 1924 bis 1928 an Dienstaufwands-Entschädigungen insgesamt 100 711 Mark erhalten. Um die Höhe dieser Bezüge zu verschleiern, wurden davon 45 441 Mark auf ein Pensionszuschußkonto überwiesen. Allein für den Kauf und die Unterhaltung eines Dienstkraftwagens für den Verbandsvorsteher wurden von 1924 bis 1931 rund 46 200 Mark verausgabt.

Hoffentlich wird nicht lange gezögert, die Verantwortlichen für diese Verschleuderung öffentlicher Gelder in ihnen gebührender Form zur Rechenschaft zu ziehen, denn es ist kaum etwas Empörenderes denkbar, als die gewissenlose Auspowerung öffentlicher Kassen zu einer Zeit, in der Millionen das Nötigste zur Fristung ihres Lebens fehlt.

Die Kosten des Zwickel-Erlasses.

Im „Berliner Tageblatt" berichtet ein Sachverständiger über die wirtschaftlichen Wirkungen des Badehosen-Erlasses. Zunächst wird festgestellt, daß es wollene Bade-Anzüge und -Hosen ohne Zwickel auch bisher nicht gab. Die Bestimmungen über den Rücken-Ausschnitt, mit deren Aufhebung über kurz oder lang die Industrie rechnet, bewirkten jedoch, daß die Industrie zunächst die Fabrikation stoppt, und daß somit die Arbeitslosigkeit vergrößert werde. — Die Industriellen beweisen damit selbst ihr geringes Vertrauen in die Beständigkeit der Papen-Bracht-Diktatur. — Schließlich werden zunächst Lager-Vorräte alter Bade-Anzüge im Werte von etwa 8 Millionen Mark entwertet und wahrscheinlich künftig überhaupt neue Badeanzüge weniger verkauft, weil die Bracht-Mode das Sonnenbaden erschwert.

Kongreß für Kleinkind-Erziehung.

Veranstaltet vom Bund entschiedener Schulreformer.

Die Geburteneinschränkung in Deutschland wächst. Das deutsche Volk scheint ein Volk ohne Jugend zu werden. Die noch vorhandenen Kleinkinder leiden Not. Gründliche Hilfe kann ihnen „letzten Endes nur durch entscheidende wirtschaftliche und kulturelle Umstellung" gebracht werden. „Solange das nicht geschehen ist, müssen um der Zukunft des deutschen Volkes willen Staat und Volk helfend eintreten." Darum: Hilfe für das Kleinkind!

Mit dieser Begründung hatte der Bund Entschiedener Schulreformer einen „Kongreß für Kleinkind-Erziehung" einberufen. Neben den Schulreformern selber kamen Individualpsychologen, Fröbel-Vertreter, Montessori-Anhänger, Psychoanalytiker und ein anthroposophischer Pädagoge zu Wort.

Im Programm war das, was nottut und entscheidende Hilfe bringen kann, im Grunde klar gesagt:

Es bedarf einer völligen wirtschaftlichen und kulturellen Umstellung des öffentlichen Lebens.

Wenn man aber weiß, daß hierin „letzten Endes" die Aufgabe liegt, warum redet man dann vier Tage lang um diese eigentliche Aufgabe herum und schiebt sie durch die Erörterung untergeordneter Ansichten und Methoden beiseite?

Es zeigte sich auf diesem Kongreß viel Dogmengläubigkeit, die im Gewand wissenschaftlicher Meinung umso abstoßender wirkte.

Der größte Teil der Reden erweckte den Eindruck, als ob alles Kinderelend beseitigt wäre, wenn die Haltung des Erwachsenen zum Kinde sich ändere und genug Kinderhäuser geschaffen seien, in denen die Montessori-Methode durchgeführt würde.

Das bedenkliche Lob, das dieser Methode von ihren Anhängern gezollt wurde, sie ermögliche eine ernsthafte Erziehungsarbeit von einer *weltanschaulich neutralen pädagogischen Grundlage* aus, wies den aufmerksamen Hörer gerade auf die Gefahr dieser Methode hin: Wir wissen — und fanden dies in der Diskussion bestätigt —, wie sehr Theorie und Praxis der Montessori-Pädagogik der Weltanschauung des Katholizismus dienen können, wenn man in ihnen allein die Sicherung der autoritätslosen Erziehung sieht. Das ist besonders deutlich geworden, seitdem Maria Montessori sich selber zum Katholizismus bekennt.

Den gleichen Eindruck erweckten viele der auf dem Kongreß zu Wort gekommenen wissenschaftlichen und praktischen Pädagogen. Sie gaben vor, mit ihren Auffassungen und Methoden *über* den Weltanschauungen und Parteien zu stehen und das Erziehungswerk auf einem von aller Weltanschauung unabhängigen Gebiet zu begründen. Mit anderen Worten: Sie verschwiegen die Weltanschauung, von der sie ausgingen, oder kannten sie gar selber nicht. Die meisten von ihnen fußten bewußt oder unbewußt in der bürgerlichen „geisteswissenschaftlichen Philosophie" und der bürgerlichen Rechts- und Gesellschafts-„Ordnung".

Wohl suchten die Schulreformer durch die Forderung der Erziehung zur Solidarität eine gemeinsame Basis aller Beteiligten zu konstruieren. Aber es ist ratsam, sich auch an der pädagogischen Front die Bundesgenossen genau anzusehen und nicht oberflächlich Koalitionen einzugehen. Jede Erziehung, die auch nur den Ernst aufbringt, sich ein Ziel zu setzen, dem sie den zu erziehenden Menschen zuführen will, geht von einer bestimmten Bewertung des menschlichen Lebens und insofern von einer Weltanschauung aus. Es ist notwendig, daß der Erzieher das weiß und daß er sich Klarheit verschafft über sein Ziel und über die Wege zur Erfüllung seiner Aufgabe. Ohne diese Voraussetzungen gibt es keine „entschiedene" Schulreform im Sinne der Arbeiterklasse.

Berliner Bürgersteuer 1933: 30 Mark.

t. Der Berliner Magistrat hat am Mittwoch beschlossen, die Bürgersteuer für 1933 in Höhe von 500 Prozent des Landessatzes zu erheben. Für 1932 wurden „nur" 300 Prozent erhoben, dabei blieben die Monate Juli bis September sogar frei. Ledige werden, statt 24,75 Mark im Jahr 1932, im Jahr 1933 30 Mark bezahlen. Da Zuschläge für die Ehefrau künftig in Fortfall kommen, zahlen auch Ehepaare im Jahr 1933 nur 30 Mark; im Jahr 1932 mußten sie 33,75 Mark zahlen.

Die Kopfsteuer, eingestandenermaßen so ziemlich die ungerechteste aller Steuern, hat also eine tolle Höhe erreicht!

Die Reichsregierung — kein Vorbild.

Vorschriften über Devisenbeschaffung geändert.

Das „Reichsgesetzblatt" brachte vor einiger Zeit Richtlinien über Devisenbeschaffung, die auch dem Zweck dienen sollten, den Schleichern im Devisenverkehr das Handwerk zu erschweren. Bald darauf veröffentlichte die Reichsregierung hierzu 34 Aenderungen als Druckfehler-Berichtigungen. Wie die „Deutsche Juristen-Zeitung" nun zeigt, betreffen diese Berichtigungen keineswegs hauptsächlich Druckfehler, sondern in erster Linie Aenderungen des Sinnes in Form von Einschaltungen, Aenderung von ganzen Sätzen u. s. w. Wahrscheinlich hat man also in dieser versteckten Form die bisher unzureichenden Richtlinien verbessern wollen. Mit diesem Versteckspiel aber gibt die Regierung kein gutes Vorbild.

Ende der Berliner liberalen Presse?

Ullstein-Presse wird weiter „neutralisiert". „Berliner Tageblatt" dementiert.

An Stelle von Georg Bernhard, der bereits vor einiger Zeit bei der „Vossischen Zeitung" ausschied, wurde jetzt der Handels-Redakteur der „Frankfurter Zeitung" Erich Welter, als Chefredakteur, außerdem der ehemalige Staatssekretär Schäffer als Generaldirektor berufen. Schäffer soll beabsichtigen, die „Voss." unter Aenderung ihrer bisherigen Links-Richtung zu einer deutschen „Times" zu machen. Ebenso sollen die übrigen im Ullstein-Verlag erscheinenden Organe auf eine neue politische Richtung gebracht werden. — Eine Meldung von einer Reichs-Beteiligung am „Berliner Tageblatt" und von einer Aenderung seiner Richtung und personellen Leitung wird zunächst von Mosse dementiert.

Immer neue Verfolgung der KPD-Presse.

Am Donnerstag besetzte ein starkes Aufgebot von Polizei die Druckerei der kommunistischen „Arbeiterzeitung" in Bremen und beschlagnahmte den größten Teil der Druckmaschinen, sodaß die Herausgabe der Zeitung unterbunden war. Es wurde zahlreiches Druckmaterial sichergestellt. Die Maßnahme erfolgte auf Grund eines beim Reichsgericht gegen den verantwortlichen Schriftleiter des Blattes anhängigen Strafverfahrens wegen Vorbereitung zum Hochverrat.

Schlichter-Konferenz gegen Kontingentierung!

In der Schlichter-Konferenz wurde auch die ernste Sorge ausgedrückt, daß die Kontingentierungspolitik zu einer Drosselung des Exports und damit zu einer Verschlechterung des Arbeitsmarktes führen würde.

Religionslehrer drohen mit Niederlegung des Unterrichts.

Auf einer Vertreterversammlung der evangelischen Religionslehrer des rheinisch-westfälischen Industrieganes in Dortmund wurde mit über 200 gegen eine Stimme einer Erklärung zugestimmt, nach der zu erwarten ist, daß die große Mehrheit der evangelischen Religionslehrer des Industriegebiets den Religionsunterricht niederlegen wird, wenn die Kirchenbehörde auf Grund des Ministerialerlasses vom 2. August 1932 mit der Einsichtnahme an den Volksschulen des Industriegebiets beginnen sollte. Die Lehrerschaft erklärt, sie lehne die Verantwortung für alle Folgen ab. Sie habe oft ihre warnende Stimme erhoben. Sie habe den Religionsunterricht immer freiwillig und aus innerer Bereitschaft gern erteilt, und die evangelische Kirchenbehörde selber habe zugegeben, daß die Erteilung des Religionsunterrichts an den Volksschulen keinen Anlaß zu Beanstandungen gegeben habe.

Hoffentlich wird diese Entschließung in die Tat umgesetzt. Auch wenn die Kirchenbehörde die Einsichtnahme sein läßt.

Gegen die kirchliche Einsichtnahme in den Religionsunterricht.

Der Unterrichtsausschuß des preußischen Landtages nahm mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten einen sozialdemokratischen Antrag an, die Durchführung des Erlasses über das Recht der kirchlichen Einsichtnahme in den evangelischen Religionsunterricht in den Schulen solange auszusetzen, bis eine Verständigung über diese Frage zwischen Staat, Lehrerschaft, Eltern und Kirchen herbeigeführt ist. Von den Antragstellern wurde betont, daß in dem Erlaß eine Eilfertigkeit liege und daß er an Engherzigkeit nicht zu überbieten sei.

Reichsernährungsminister als Siedlungsfreund.

Rpt. Reichsernährungsminister von Braun setzte am Freitag in Breslau auf dem Verbandstag des Provinzialverbandes niederschlesischer ländlicher Genossenschaften die Reihe der Ministerreden fort, in denen die Reichsregierung vor der Oeffentlichkeit ihr Programm entwickelt.

Er begrüßte zunächst die Bedeutung der Siedlung genau so, wie das deren wirkliche Verfechter zu tun pflegen:

„Es ist sicher, daß ein kaufkräftiger Bauer ein stärkerer Konsument ist als ein ländlicher Arbeiter, und daher den Handwerkern und Kaufleuten der nächstgelegenen Stadt mehr zu verdienen gibt, als der Großgrundbesitzer, der oft seinen Bedarf von weither bezieht. Siedlungsgürtel in der Nähe der Landstädte haben diese oft erst zur Blüte gebracht."

Danach polemisierte er gegen die Siedlungsarbeit der Preußenregierung, erzählte allerhand über die Finanzierung der Siedlung und behauptete dabei, die Siedlungsarbeit gehe zur Zeit rascher von statten als im Vorjahr. Begründung: Vom Januar dieses Jahres bis zum 30. September hat die Deutsche Siedlungsbank Siedlungskredite in Höhe von rund 65 Millionen Mark ausgezahlt, in der gleichen Zeit des Vorjahres nur rund 61,5 Millionen Mark. Der große Siedlungsfreund, Freiherr von Braun, deutete kurz darauf an, wozu diese höheren Beträge verwandt worden sind; er sagte nämlich: „Die Entschuldung landwirtschaftlicher Betriebe im Osthilfegebiet kann vielfach nur dadurch ermöglicht werden, daß Teile der Landfläche abgetrennt und für Zwecke der landwirtschaftlichen Siedlung verwendet werden."

Wie das so üblich ist, werden in Ministerreden Geschenke angekündigt. Den seit der Inflation angesetzten Siedlern sollen die Jahresleistungen herabgesetzt werden, und zwar rückwirkend vom 1. Juli für die nächsten zwei Jahre, von 5 auf 3½ Prozent. Da für Siedlerstellen gering verzinsliche Baudarlehen aus Hauszinssteuermitteln gewährt worden sind, ermäßigt sich dann die Gesamtjahresleistung auf etwa 3 Prozent des Fremdkapitals.

*

Braun sagt, er wolle „offen aussprechen", daß die Entwicklung der Osthilfe keinen allgemein befriedigenden Verlauf genommen hat. — Wie will er den Verlauf künftig befriedigender machen? Er erzählte, daß die Reichsregierung beabsichtigt, im Zusammenhang mit einer Gesamtsanierung der ländlichen Genossenschaften die Forderungen der Genossenschaften an zu entschuldende Betriebe des Osthilfegebiets durch eine Pauschalsumme abzulösen. Durch die Gesamtablösung der Genossenschaftsforderungen durch das Reich gegenüber der Preußischen Zentral-Genossenschaftskasse, die von sich aus eine anteilmäßige Verrechnung auf die einzelnen Genossenschaften vornimmt, werde erreicht, daß im einzelnen Entschuldungsfall die zeitraubenden und schwierigen Verhandlungen mit der beteiligten Genossenschaft wegfallen. (Den Großgrundeigentümern sollen also ihre Schulden an die Genossenschaften sang- und klanglos erlassen werden!) Den Gläubigern der Großgrundeigentümer verspricht der Minister die Aushändigung von mehr baren Entschuldungsmitteln als bisher. Er weist dann noch darauf hin, daß die zwangsweise Zinssenkung ja auch die Entschuldung im Osten erleichtere.

*

Die Rede hat wieder einmal recht deutlich gemacht, wie das Schicksal der Großgrundeigentümer im Mittelpunkt aller Ueberlegungen der Junker-Regierung steht: Siedlung, Genossenschaftssanierung, Zinssenkung, und schließlich auch die Trinkgelder an Siedler und Bauern, alles wird unter dem einen Gesichtspunkt angefaßt: Wie kann das fast unmöglich erscheinende Werk gelingen, die feudalen Machtpositionen der Junker inmitten des Wirbelsturms der kapitalistischen Krise zu erhalten?

Köln **Köln**

Oeffentliche Kundgebung:

Sondergerichte und Klassenjustiz

Redner: Rechtsanwalt Dr. Erich Lewinski (Kassel)

am Sonnabend, dem 8. Oktober 1932, 20.15 Uhr, im Coloniahaus, Köln, Aachener Straße 5.

Veranstalter: Deutsche Liga für Menschenrechte, Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund (ISK), Deutsche Friedensgesellschaft.

Eintritt 20 Pf. Erwerbslose 10 Pf.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Montag, 10. Oktober, 20 Uhr, im Hackeschen Hof, Rosenthaler Str. 40/41 (Nähe Bahnhof Börse). Thema: Die Kriegsgefahr wächst! Gegen den Rüstungswahnsinn.

Göttingen: Sonnabend, 8. Oktober, 20.15 Uhr, im kleinen Saal des Volksheims. Thema: Kampf den faschistischen Baronen! Redner: Maria Hodann, Berlin.

Freie Aussprache! **Eintritt frei!**

Deutschland im Handelskrieg.

Viel Feind, viel Ehr? — Wer ist der Angreifer?

Seit die deutsche Regierung ernsthaft den Versuch macht, die agrarischen Agitationsphrasen von „Nahrungsfreiheit" durch Einfuhrkontingentierungen in die Tat umzusetzen, befindet sich Deutschland handelspolitisch im Kriegszustand mit nahezu allen guten Kunden deutscher Industriewaren.

Wie auch sonst bei einem Kriegsausbruch: Keiner will angefangen haben! Der „Berliner Börsen-Kurier" leistet sich am 5. Oktober die

Ueberschrift: „Der Wirtschaftskampf gegen Deutschland."

Weiter kann die Verdrehung der Tatsachen kaum getrieben werden!

Im Gegensatz zum militärischen Kriegsabenteuer beginnt das handelspolitische Kriegsabenteuer nicht mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, sondern mit der Entsendung besonderer Delegationen. Die deutsche Hauptdelegation steht unter der Führung eines Ministerialrats vom Reichsernährungsministerium und befindet sich zur Zeit auf einer Rundreise durch Europa. Wir empfehlen, ihr ein Flugzeug zur Verfügung zu stellen, damit sie um so leichter überall da, wo sie hinausgeworfen wird, flucht- und flugartig das „ungastliche" Land verlassen kann.

*

Bereits bei der zweiten Station, in Holland, hätte sich das Flugzeug als nützlich erwiesen. Die Korrespondenz „Industrie und Handel", die üblicher Weise die Ansichten des Auswärtigen Amtes und des Reichswirtschaftsministeriums wiedergibt, schrieb am 4. Oktober abends:

„Entgegen der ursprünglichen Erwartung sind die gestern hier eröffneten Wirtschaftsverhandlungen über die geplanten deutschen Agrarkontingente heute schon in früher Vormittagsstunde zum Abschluß, um nicht zu sagen, zum *Abbruch* gekommen."

Gemeinsame Beratungen zwischen der deutschen Delegation und Vertretern der niederländischen Regierung fanden gar nicht erst statt Denn die niederländische Regierung ließ sofort bei Eröffnung der Sitzung mitteilen, nach ihrer Auffassung seien die von der deutschen Delegation mitgeteilten deutschen Absichten für Holland so nachteilig, daß es keinen Zweck habe, auf dieser Grundlage weiter zu verhandeln.

Das Verhalten der niederländischen Regierung ist — nach den Boykottdrohungen der beteiligten Kreise, nach den von uns bereits wiedergegebenen Pressestimmen gegen die „militärisch-agrarische" Handelspolitik — nicht verwunderlich.

Die deutsche Regierung markiert „starkes Befremden",

weil ja auch die holländische Regierung vor einiger Zeit die deutsche Einfuhr durch Kontingente stark getroffen habe, und zwar, ohne die deutsche Regierung vorher zu unterrichten und ohne in einen Meinungsaustausch mit ihr einzutreten.

Angenommen, das *Befremden* der deutschen Regierung ist echt: Sind den beteiligten Herren denn die Ergebnisse der deutschen Handelsstatistik *fremd?* Wissen sie nicht, daß im ersten Halbjahr 1932 Deutschland aus den Niederlanden Waren für 141 Millionen Mark eingeführt hat und für 321 Millionen Mark dorthin ausgeführt hat, daß

die deutsche Ausfuhr nach Holland also 228 Prozent der deutschen Einfuhr aus Holland ausmachte?

Ist es denn gar nicht zu verstehen, daß ein so guter Kunde sich seine eigenen Lieferungen nicht weiter beschneiden lassen will? Und zwar durch das einseitige Diktat Deutschlands! Denn der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" hat ganz recht, wenn er schreibt: Man habe den Eindruck, daß die deutschen Gäste nicht einmal den Titel „Unterhändler" verdienten; sie hätten jedenfalls nichts mitgebracht, über das verhandelt werden könnte.

*

Es ist wichtig, bei den einzelnen Verhandlungen oder Verhandlungsversuchen der deutschen Regierung mit den betroffenen Staaten die Gesamtlage im Auge zu behalten. Einzelne Angaben haben wir bereits in Nr. 232 des „Funken" gemacht. Hier nochmals die Grundlinien:

1931 führte Deutschland für insgesamt 9,6 Milliarden Mark Waren aus. Davon gingen Waren für 7,8 Milliarden Mark in Staaten in Europa, für nur 1,8 Milliarden Mark in Staaten in den übrigen Erdteilen. Da dort wichtige Rohstofflieferanten Deutschlands sitzen, wies der deutsche Außenhandel mit diesen Erdteilen einen Einfuhrüberschuß auf, von insgesamt 1,1 Milliarden Mark. Dieser Einfuhrüberschuß — und andere Posten — wurde dadurch bezahlt, daß Deutschland im Handel mit den europäischen Ländern einen Ausfuhrüberschuß von mehr als 4 Milliarden Mark hatte. Zu dieser Gestaltung des europäischen Außenhandels trugen alle die sieben Länder wesentlich bei, die jetzt durch die Kontingentierungspolitik getroffen werden.

Der deutsche Ausfuhrüberschuß nach diesen Ländern betrug mehr als 2¼ Milliarden Mark; mehr als die Hälfte der deutschen Gesamtausfuhr nach diesen Ländern war Ausfuhrüberschuß.

Diese guten Kunden werden nun vor den Kopf gestoßen.

Die Engländer warten geradezu darauf, sie als ihre Kunden zu gewinnen. Und das Reichsernährungsministerium bemüht sich geradezu, sie ihnen frischgebacken (das heißt hier: *frisch verärgert*) zu liefern.

Ueber solche „nationale" Politik kann man leicht spotten! Aber gerade uns als internationalen Sozialisten könnte man sagen, es müsse uns doch gleich sein, ob nun *deutsche* oder *englische* Arbeiter durch die Industrie-Aufträge aus jenen Ländern Beschäftigung finden. Diese scheinbar so internationale Stellungnahme ist falsch. Denn in England sind die Arbeitslosen verhältnismäßig besser gestellt als in Deutschland, insbesondere die Zahl der nicht unterstützten Arbeitslosen ist dort wesentlich geringer. Und in Deutschland droht der Zusammenbruch der öffentlichen Versorgung der Arbeitslosen.

Die Drosselung des deutschen Exports bedeutet eine solche Gefährdung der deutschen Arbeiterschaft, daß Sozialisten allgemein gegen sie protestieren sollten, und zwar international, — auch in England, wo die Arbeitslosigkeit bei Drosselung des deutschen Exports sinken würde.

Wo wird von Seiten der Gewerkschaften auch nur der *Versuch* gemacht, einen Druck auf die Regierung auszuüben, der diese Gefährdung der deutschen Arbeiterschaft hindert oder wenigstens mildert? Von Seiten industrieller Organisationen wird Sturm gelaufen gegen die Kontingentierungspolitik. Die Resolution des Hauptausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages vom 5. Oktober ist ein neuer Beleg dafür. Wir entnehmen dieser Resolution einige Sätze, in denen, vorsichtig und „national" formuliert, festgestellt wird, daß die

Reichsregierung im Banne irreführender Schlagworte handelt:

„Dem Hauptziel dieser auf Ueberwindung der Arbeitslosigkeit gerichteten Politik würde es widersprechen, wenn gleichzeitig auf handelspolitischem Gebiete die Arbeitsbeschäftigung für Ausfuhrzwecke, in der zur Zeit etwa drei Millionen Menschen stehen, durch solche Maßnahmen der Einfuhrhemmung beeinträchtigt würde, die nach der gegenwärtigen Sachlage neue Hemmungen für die deutsche Ausfuhr nach sich ziehen würden. Der Landwirtschaft, deren Preise vor allem durch die Kaufkraftschwächung der städtischen Bevölkerung gedrückt sind, würde dadurch nicht geholfen, ein auch nur annähernd ausreichender Ausgleich durch Mehrbeschäftigung in land und gartenwirtschaftlichen Betrieben nicht erreicht, Kauf- und Steuerkraft neuerlich gedrückt werden. Die möglichste Erhaltung zusätzlicher Arbeitsgelegenheit für Ausfuhr ist gegenwärtig nicht etwa eine Sache internationaler Ideologie, sondern ein Erfordernis der Beschäftigung deutscher Menschen in der Industrie, in Handel, wie nicht zuletzt auch in der Landwirtschaft. Es ist daher für die Reichsregierung eine vordringliche Aufgabe, diese Fragen unter dem nationalen Gesichtspunkt der Arbeitserhaltung abseits irreführender Schlagworte zu entscheiden und die gegebenen handelspolitischen Möglichkeiten offen zu halten."

*

Vergessen wir nicht:

Die Junker wissen genau, was sie wollen.

Sie haben den Bauern jahrelang versprochen, nach Zurückdämmung der Getreideeinfuhr werde auch die Einfuhr der Veredelungsprodukte zurückgedämmt werden. Dies Versprechen müssen sie halten, wenn sie die Bauern bei sich halten wollen. Die Bauern brauchen sie aber als Stütze ihrer Macht. Also werden sie die Kontingentierungspolitik durchführen, unbekümmert darum, wem allen sie schadet, ja unbekümmert darum, ob sie den Bauern selber nützt.

Es fragt sich nur, ob die übrige Bevölkerung sich diesen Akt des Kampfes um die Macht auf ihrem Rücken gefallen läßt.

Es handelt sich hier nicht nur um handelspolitische Maßnahmen, die den Zweck haben, Lebensmittel zu verteuern, sondern um

Maßnahmen, die unmittelbar Arbeitslosigkeit schaffen. Werden sich die Gewerkschaften diese Maßnahmen wirklich sang- und klanglos gefallen lassen?

Rpt.

Die deutsche Produktionsschrumpfung.

Industrie um 41, Landwirtschaft um 1 Prozent.

Bis zum August einschließlich liegen Indexziffern für die deutsche Produktion in den wichtigsten Industriezweigen vor (Basis 100 im Jahre 1928). Sie zeigen ein ständiges Absinken:

Mai	58,0
Juni	54,7
Juli	52,3
August	51,6

Die Produktion der Industrie ist nur noch halb so groß wie Mitte 1929. Seitdem hat sich der Rückgang in folgenden Etappen vollzogen:

Höchststand Mitte 1929	Mai 1929:	105,1
Scharfer Rückgang bis Anfang 1931	Januar 1931:	70,7
Stillstand bis Mitte 1931	Juni 1931:	71,9
Erneute scharfe Schrumpfung bis Anfang 1932	Januar 1932:	55,2

Seit Beginn dieses Jahres ist die deutsche Industrieproduktion nur um 6,5 Prozent geschrumpft, während gleichzeitig die Weltproduktion um 11,7 Prozent schrumpfte. Der Anteil Deutschlands an der industriellen Weltproduktion ist infolgedessen wieder leicht gestiegen, und zwar von 7,7 Prozent zu Beginn des Jahres 1932 auf 8,2 Prozent um die Jahresmitte. 1928 war der deutsche Anteil an der industriellen Weltproduktion 10,6 Prozent, 1913 sogar 14,2 Prozent. Deutschland steht zur Zeit an vierter Stelle in bezug auf die Industrieproduktion, während es 1913 und 1928 an zweiter Stelle stand.

Die gesamte deutsche Warenproduktion ist weniger stark zurückgegangen als die Industrieproduktion, weil die Verkaufsmengen der Landwirtschaft kaum zurückgegangen sind. Im bisherigen Verlauf der Krise ist die deutsche Industrieproduktion um 41 Prozent, die Menge der von der Landwirtschaft verkauften Waren dagegen nur um rund 1 Prozent zurückgegangen. So kommt es, daß die gesamte Warenproduktion der deutschen [illegible] auch „nur" um 29 Prozent während der Krise gesunken ist. H. H.

Naturaltausch im Vormarsch.

Kalksalpeter gegen ägyptische Baumwolle.

Die ägyptische Regierung kauft von dem deutschen Stickstoffsyndikat 50 000 Tonnen Kalksalpeter. Als Gegenwert liefert sie an eine Gruppe von Bremer Baumwollhäusern ägyptische Baumwolle, die spätestens innerhalb eines Jahres abgenommen werden soll.

Schuhe gegen Weintrauben.

Eine polnische Exportfirma hat mit einer bulgarischen Firma einen Tauschvertrag abgeschlossen, der den Tausch von polnischen Schneeschuhen, Galoschen und Gummischuhen gegen eine Sendung bulgarischer Weintrauben im gleichen Werte vorsieht.

Heringe gegen Koks und Kistenholz.

Unter Vermittlung der polnisch-holländischen Handelskammer sind folgende großen Tauschgeschäfte zwischen Polen und Holland in Bearbeitung: ein Geschäft, bei dem holländische Heringe gegen polnischen Koks und polnisches Kistenholz getauscht werden, und ein anderes, bei dem billige Konfektionswaren, billige Ueberschuhe und Holz aus Polen nach Holland gehen sollen gegen den Import von Kolonialwaren über Holland nach Polen. Die Holländer sind dabei bereit, die polnischen Lieferungen nur zur Hälfte in Waren, zur Hälfte aber in Devisen zu bezahlen.

Seide gegen Kohle und Leder.

Eine Gruppe japanischer Seidenfabrikanten hat Verhandlungen über den Austausch von japanischen Seidenerzeugnissen gegen russische Kohle und Rohleder sowie anderen Stoffen eingeleitet.

SOWJET-UNION

Bestellungen nach Deutschland bei Annahme von Bezahlung in Naturalien: In Verhandlungen zwischen der russischen Handelsvertretung und deutschen Firmen haben sich die russischen Vertreter bereit erklärt, Bestellungen für die deutsche Industrie aufzugeben, falls sich die deutschen Firmen verpflichten, russische Erzeugnisse in natura als Bezahlung entgegenzunehmen. Deutsche Firmen haben diese Vorschläge verschiedentlich abgelehnt. — Wenn sie andere Aufträge nicht bekommen, so werden die Herren von der Schwerindustrie sich vielleicht doch bequemen, einen Handel mit russischem Holz und russischen Eiern anzufangen!

ENGLAND

Der Weizeneinfuhrzoll, der in Ottawa beschlossen wurde, wird nachträglich folgendermaßen begründet: Im September habe eine Dumpingeinfuhr von 1,6 Millionen Zentnern deutschen Weizens nach England stattgefunden; im Londoner Hafen sei während der am 24. September endenden Woche ein Drittel der gesamten Weizeneingänge aus Deutschland eingeführt worden; natürlich auf Grund des deutschen Ausfuhrscheinsystems zum Weltmarktpreis! — So liefert ein Schutzzöllner dem andern die Begründung zu Zollerhöhungen!

DEUTSCHLAND

Tiefstand der Warenhausumsätze: Die Umsätze in den deutschen Waren- und Kaufhäusern lagen im August wertmäßig im Durchschnitt 20,5 Prozent unter Vorjahrshöhe. Gegenüber dem August 1930 hat eine wertmäßige Schrumpfung um rund ein Drittel stattgefunden.

Tiefstand der Umsätze im Textil-Einzelhandel: Im August machten die Umsätze des Textil-Einzelhandels wertmäßig 71,6 Prozent des Umsatzes vom August 1931 aus; der Mengenrückgang betrug 14 bis 15 Prozent.

Sparkasseneinlagen etwas gestiegen:

Spareinlagen Ende Juli	9 717 Mill. Mark
Zugang im August: echte Neueinlagen	348 Mill. Mark
Zinsgutschriften	2 Mill. Mark
Aufwertungsgutschriften	24 Mill. Mark
	10 091 Mill. Mark
Auszahlungen im August	359 Mill. Mark
	9 732 Mill. Mark

Der Einlagenbestand hat also um 15 Millionen Mark zugenommen. Man darf sich allerdings nicht täuschen lassen; es handelt sich nicht um einen Einzahlungsüberschuß. Die Einzahlungen waren im August um 11 Millionen Mark geringer als die Auszahlungen.

Ruhrkohlenabsatz im September gestiegen: Im September stellte sich der Absatz auf arbeitstäglich 159 000 Tonnen, das sind 8000 Tonnen mehr als im August. Die Ursache der Steigerung liegt vor allem in Mehrabrufen für Hausbrandzwecke.

Frischfleischverbilligung: Die Arbeitslosen sollen von Mitte Oktober ab monatlich 2 Pfund frisches Rind- und Schweinefleisch auf Reichskosten um je 20 Pfennig verbilligt erhalten. — Eine Unterstützung von Arbeitslosen und Viehzüchtern!

Eine Subvention wird etwas abgebaut: Die Ausgleichssteuer für Mineralöle, die am 14. Juni für das 3. Vierteljahr 1932 von 3,80 Mark je Doppelzentner auf den lächerlichen Betrag von 10 Pfennigen ermäßigt worden war, wird für das 4. Vierteljahr auf 1 Mark festgesetzt. — Die Bezeichnung „Ausgleichssteuer" ist in Anbetracht des Satzes von 1 Mark und des Zollsatzes von 22 Mark nach wie vor lächerlich. Der Subventionscharakter des ganzen Verfahrens liegt immer noch deutlich auf der Hand.

USA

Die neueste Methode der Einfuhrsperrung: Seit dem 25. September wird keine Tonne kontinental-europäisches Eisen (außer Röhren) in die USA hereingelassen, wenn der Exporteur in den USA nicht eine Garantiesumme hinterlegt in voller Höhe des Rechnungsbetrages. Statt die Rechnung bezahlt zu bekommen, muß er also den Rechnungsbetrag zunächst selber bezahlen! Die Garantiesumme wird beschlagnahmt, wenn dem Exporteur in einer mit allen Schikanen durchgeführten Untersuchung irgendwie Dumpingpraxis nachgewiesen wird. — Durch dieses Verfahren mit dem großen Risiko für den Exporteur wird die Einfuhr von Eisen nach den USA (abgesehen von Röhren) völlig gedrosselt werden, womit der Zweck der Uebung erreicht ist!

Ausländer in den USA: Nach Angaben des Einwanderungskommissars sind 14,2 Millionen im Ausland geboren; davon haben 6,8 Millionen das Bürgerrecht noch nicht erworben.